

unimut

ZEITUNG ^[an] DER UNI HEIDELBERG



Es brennt.

Und zwar richtig! Anfangs als „Strohfeuer“ abgetan, ist der Bildungsstreik jetzt zum Flächenbrand ausgewachsen. An über 50 Universitäten Deutschlands halten Studierende Hörsäle besetzt (Seiten 6 und 7) und am 17. November gingen wieder zehntausende auf die Straße (Seiten 12 und 13). Was nicht zuletzt daran liegt, dass die Politik nicht aufhört, Öl ins Feuer zu gießen (Seiten 2 bis 5 und 10).

Uns aber brennt es unter den Nägeln, dass sich etwas ändert – und nicht nur im Bildungssystem. Es gibt immer jemanden mit einem Feuerlöscher zur Hand, sowohl im Kleinen (Seite 19), als auch im Großen (Seiten 14 und 15).

Frohes Zündeln.

die redaktion

Poleposition für Heidelberg?

Über Hochschulrankings und die Arbeitsweise des CHE

Vielleicht gehörst auch Du zu den glücklichen Gewinnern, die in den letzten Wochen per Post dazu aufgerufen wurden, die Uni Heidelberg im Rahmen des CHE-Hochschulrankings zu bewerten. Die Ergebnisse sollen im Mai 2010 im „Die Zeit-Studienführer“ veröffentlicht werden und die Uni Heidelberg – dank unserer Stimmen – auf „Spitzenposition“ katapultieren.

Das Ranking beginnt mit einer kaum allgemeiner zu stellenden Frage, „Wenn Sie einmal alles zusammen betrachten: Wie beurteilen Sie insgesamt die Studiensituation in Ihrem Studiengang an Ihrer derzeitigen Hochschule?“ und fährt nur scheinbar spezifischer fort: so wird gefragt, wie denn der Zugang zu elektronischen Zeitschriften und Volltextrecherche sei, oder ob einem der ‚Career Service‘ gefalle und die Dozenten per Email erreichbar seien oder wie es denn um die Kontakte zu den anderen Studierenden stehe oder das Sportangebot überzeuge. Die Qualität der Lehre soll lediglich anhand von Indikatoren wie der Anzahl der Sitzplätze im Verhältnis zu den Teilnehmenden und der Einbeziehung von Gastlehrenden aus dem Ausland sowie der (vollkommen allgemeinen) „inhaltlichen Breite des Lehrangebots“ festgestellt werden. Dass es im Studium vielleicht gar um inhaltliche Tiefe gehen könnte, wurde (weil statistisch nicht so leicht messbar) bei der Umfrage vollkommen ausgeklammert.

Die verschiedenen, durch die Studierendenbefragung ermittelten Indikatoren zur Hochschulbewertung werden im CHE-Ranking nicht unterschiedlich gewichtet, so dass die Aussagen über Hochschulsport gleichberechtigt neben Kategorien zur Bewertung der Lehre stehen. Auffallend ist zudem, dass in der Regel quantitativ Messbares abgefragt und verglichen wird, das eigentlich Entscheidende, nämlich die Qualität von Lehre und Forschung wird nicht gewichtet – weil per definitionem individuell und somit nicht vergleichbar.

In die Hochschulbewertung des CHE-Rankings gehen jedoch neben der Studierendenbefragung weitere Faktoren ein, wie die Quantität der wissenschaftlichen Publikationen oder der Umfang der Drittmittelerwerbungen. Diese Faktoren werden im Gegensatz zu den Indikatoren bei der Studierendenumfrage jedoch unterschiedlich gewichtet, nach welchem Prinzip diese Gewichtung erfolgt, legt das CHE nicht offen. Der Ranking-Lesende ist schlicht mit einer Klarheit und Eindeutigkeit versprechenden Bundesligatabelle konfrontiert. Dass eine andere Gewichtung der einzelnen Faktoren zu einer völlig anderen Platzierung der einzelnen Hochschulen führen würde, fällt dabei unter den Tisch.

Durchgeführt wird das berühmte Hochschulranking vom Centrum für Hochschulentwicklung, das mit seiner revolutionären Abkürzung CHE 1994 von der Bertelsmann Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) als gemeinnützige GmbH mit einem Budget von drei Millionen Euro pro Jahr ins Leben gerufen wurde. Die Bertelsmann-Stiftung war bis zur Gründung des CHE Hauptfinanzier der privaten Hochschule Witten-Herdecke, wandte sich aber 1994 von der Idee eine private Hochschullandschaft großzuziehen ab und will stattdessen eine Umstrukturierung der öffentlichen Bildungseinrichtungen vorantreiben. Das CHE zielt auf eine markt- und wettbewerbsgesteuerte Hochschullandschaft (Projekt „Die entfesselte Hochschule“), in der die einzelne Hochschule nicht mehr eine staatliche Einrichtung mit Bildungs- und Forschungsauftrag ist, sondern wie ein Unternehmen im Konkurrenzverhältnis zu allen anderen Hochschulen steht. Die Hochschulrankings sind dabei Ausdruck der entstandenen Wettbewerbssituation und treiben diese Entwicklung gleichzeitig voran. Studiengebühren sollen den „Wettbewerb um zahlende Nachfrager“ (Studienplatzsuchende) zusätzlich steigern. Gleichzeitig ersetzen uniintern zunehmend Top-Down-Strukturen die ursprünglich eher demokratische Organisation einer Hochschule (vgl. UNiMUT Nr. 199, 05/09). Trotz dieser klar ideologischen und interessenorientierten Ausrichtung des CHE, inszeniert es sich in Eigendarstellungen als „unabhängige, gemeinnützige Einrichtung“.

Um die Umstrukturierungen der öffentlichen Hochschulen zu realisieren, arbeitet das CHE sowohl auf politischer als auch medialer Ebene. Politisch steht die enge Zusammenarbeit mit der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) sowie eine personelle Vernetzung mit den Wissenschaftsministerien der Länder im Mittelpunkt. So gehören sowohl die Präsidentin der HRK Prof. Dr. Margret Wintermantel als auch der Wissenschaftsminister des Landes Baden-Württemberg, Prof. Dr. Peter Frankenberg, dem Beirat des CHE an. Gleichzeitig bietet die Partnergesellschaft CHE Consult als sogenannter „unabhängiger Experte“ Beratungsdienstleistungen für Hochschulen und Ministerien an. So stammte zum Beispiel die Formulierung des neuen Landeshochschulgesetzes aus der Feder des Centrums für Hochschulentwicklung. Darüber hinaus verfügt das CHE über zahlreiche Kontakte zu ProfessorInnen und Entscheidungstragenden an den einzelnen Hochschulen, so ist auch Marietta Fuhrmann-Koch zum einen Leiterin der Rektoratsabteilung „Kommunikation und Marketing“ der Uni Heidelberg, gleichzeitig aber auch Mitglied der CHE-Marketing-Runde.

Das CHE weiß geschickt die öffentliche Meinungsbildung in ihrem Sinne zu beeinflussen, um eine gesamtgesellschaftliche Akzeptanz für die Umstrukturierung des öffentlichen Bildungssystems zu kreieren. So wurde die Bertelsmann Stiftung mit der Durchführung einer Umfrage zur Einführung von Studiengebühren betraut, die eine breite Befürwortung von Studiengebühren suggerierte, indem der Fragebogen der Umfrage lediglich verschiedene Formen von Studiengebühren zur Auswahl stellte. Eine grundsätzliche Ablehnung von Studiengebühren stand den Umfrageteilnehmenden jedoch nicht zur Auswahl.

„Das CHE hat bei der Gebührendiskussion stets folgende Grundhaltung eingenommen: Studienbeiträge bergen große Chancen. Sie können genutzt werden, um die Unterfinanzierung der Hochschulen zu mindern, die Qualität der Lehre zu steigern, das Angebot an Studienplätzen auszubauen und den Wettbewerb um zahlende Nachfrager zu steigern. Zudem bieten sie Anreize für eine bewusster Reflexion der Entscheidungen bezüglich der Studiendauer und des Studienortes sowie der Wahl des Studienfachs.“

<http://www.che-concept.de/cms/?getObject=500&getLang=de>



Die gezielte Medienarbeit des CHE beinhaltet weiter die Besetzung zentraler Begriffe im öffentlichen Diskurs, durch die das CHE eine Begriffs- und Definitionshoheit erlangen will. So schien zum Beispiel angesichts der von PISA bestätigten sozialen Selektion im Bildungssystem die Einführung von Studiengebühren schwer zu rechtfertigen. Umgangen wurde diese Problematik indem in den Medien gezielt die Verkoppelung von Studiengebühren und Gerechtigkeit vorangetrieben wurde. So erschien immer häufiger die Argumentation, dass durch eine rein öffentliche Finanzierung der Hochschulbildung auch einkommensschwächere Schichten, deren Kinder statistisch gesehen geringere Chancen auf ein Hochschulstudium haben, an der Finanzierung der Hochschulen beteiligt werden. So wurde der Begriff der öffentlichen Hochschulfinanzierung im medialen Diskurs bewusst mit Ungerechtigkeit besetzt. Auch Studiengebühren wurden von Anfang an als ungerecht bezeichnet, wobei jedoch gleichzeitig der paradoxe Begriff der „sozialverträglichen Studiengebühren“ entwickelt wurde. Es etablierte sich im medialen Diskurs zunehmend die Definition von sozialer Ausgestaltung von Studiengebühren durch die Vergabe von Krediten zu „banküblichen“ Konditionen. So verlagerte sich die öffentliche Diskussion um Studiengebühren von einer gerechtigkeitstheoretischen Ebene auf eine finanzwissenschaftliche Debatte um Kreditkonditionen. Auch die Gerichte stellten bei der Zulassung von Studiengebühren nicht generell die Sozialverträglichkeit von Studiengebühren in Frage, sondern folgten der medial erzeugten Fiktion von potentiell sozialverträglichen Studiengebühren und bescheinigten den Studiengebührengesetzen aufgrund von Darlehensmöglichkeiten ohne Solvenzprüfung eine soziale Verträglichkeit.

Als 76,9%iger Eigentümer der Bertelsmann AG stehen der Bertelsmann-Stiftung (und somit dem CHE) zahlreiche mediale Möglichkeiten zur Verfügung. Die Bertelsmann AG setzt sich aus folgenden Unternehmensbereichen zusammen:

RTL Group

46 Fernsehsender, 30 Radiosender in 11 Ländern, 200 Millionen Zuschauer pro Tag in Europa

Random House

40 Buchverlage, z.B. Heyne, Manesse, btb, Goldmann, Bertelsmann; ca. 200 neue Titel monatlich

Gruner + Jahr

ca. 500 Print- und Onlinemedien in 30 Ländern, z.B. Spiegel, Focus, Stern, Gala, Geo, P.M., Capital, Financial Times Deutschland, Playboy, Mens Health, Sächsische Zeitung

Die Bertelsmann-Stiftung finanziert sich neben den öffentlichen Geldern vornehmlich durch die Gewinne der Aktiengesellschaft Bertelsmann und ist dadurch die größte Stiftung Deutschlands. Weil dreiviertel der Bertelsmann AG der Bertelsmann Stiftung gehören, umgeht das Unternehmen geschickt die Unternehmens- und Erbschaftssteuer und hat gleichzeitig durch die Drittmittelvergabe der Bertelsmann Stiftung Einfluss auf die Ausrichtung der universitären Forschung.

An dieser Stelle greifen die Bertelsmann-Stiftung und das CHE ineinander. Durch das CHE wurden Hochschulrankings zu öffentlich akzeptierten und berücksichtigten Informationen zur Hochschulbewertung und dienen daher zunehmend als Indikator für die Drittmittelvergabe, ähnlich wie bei der Exzellenzinitiative, die die „Exzellenz“ der Unis erst durch die Auszeichnung und zusätzliche finanzielle Förderung schafft.

Das CHE Hochschulranking suggeriert die neutrale Erfassung und Darstellung der Unterschiede zwischen den Hochschulen, während das Ranking diese

Bitte machen Sie Angaben zu Ihrer Nutzung des Hochschulsportangebots Ihrer Hochschule.

Ich nehme aktuell am Hochschulsport teil.
 Ich nehme aktuell nicht am Hochschulsport teil, habe aber schon mal teilgenommen.
 Ich habe noch nie am Hochschulsport teilgenommen.

Bitte beurteilen Sie das Angebot des Hochschulsports an Ihrer Hochschule.

	sehr schlecht					sehr gut	kann ich nicht beurteilen	nicht genutzt
Breite des Angebots an Sportarten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Qualität des Angebots hinsichtlich der Übungsleitenden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Qualität des Angebots hinsichtlich der Sportstätten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Abbrechen Zurück Weiter

Sinn und Zweck der vom CHE gerankten Faktoren sind nicht immer klar ersichtlich...

Unterschiede eigentlich erst festsetzt. Rankings versprechen Orientierung in der durch den Wettbewerb, Studiengebühren und Exzellenzinitiative zunehmend undurchsichtiger werdenden Hochschullandschaft; sie erzeugen die Illusion von Transparenz und souveräner Entscheidungskompetenz.

Die Folgen des Ranking-Wahns sind eine stärkere Ungleichverteilung von öffentlichen und privaten Finanzmitteln sowie die Förderung von Konkurrenzdenken im Bildungsbereich. Gleichzeitig bedeutet die Teilnahme am Ranking für die Universitäten einen zusätzlichen Arbeitsaufwand, da den Ranking-Agenturen eine Vielzahl von Informationen zur Verfügung gestellt werden müssen. CHE ist hierbei das einzige Ranking, das die Meinung von Studierenden und Dozierenden berücksichtigt. Die aufwändige Umfrage wird jedoch von der jeweiligen Universitätsverwaltung organisiert und bezahlt. So tragen auch die kürzlich verschickten Aufforderungen zur Teilnahme am CHE Ranking den Absender der Universität Heidelberg.

Diese Mehrarbeit wird von den Universitäten in Kauf genommen, weil Rankings eine immer größer werdende Rolle bei der öffentlichen und privaten Geldervergabe spielen. Nichtsdestoweniger ist es möglich, sich diesem Trend entgegen zu setzen und aus dem CHE-Ranking auszusteigen, wie es die Fachbereiche der Sprach-, Literatur- und Medienwissenschaften der Uni Siegen mit einer einschlägigen Begründung bereits getan haben (vgl. <http://www.uni-siegen.de/fb3/home/che-ranking/?lang=de>).

Auch der vom CHE vorangetriebene Umstrukturierungsprozess der Deutschen Hochschullandschaft stellt keine unumkehrbare Entwicklung dar. Die Folgen treten vielmehr erst jetzt zu tage und bieten die Möglichkeit einer kritischen Reflexion und eines (hochschul-)politischen Richtungswechsels.

von Nina Marie Bust-Bartels und Janina Reibold

In der nächsten Ausgabe des UNiMUT werden wir uns die Bertelsmann AG und die Bertelsmann Stiftung genauer anschauen. Erfahrungen, Stellungnahmen und Kommentare zu Bertelsmann werden vorab gerne per Email an unimut@urz.uni-heidelberg.de in Empfang genommen.

„Der Bildungsaufstieg darf an finanziellen Hürden nicht scheitern.“

Stipendien als Lösung oder Problem der sozialen Ungerechtigkeit im Bildungssystem

Bevor in Baden-Württemberg im Jahre 2007 Studiengebühren eingeführt wurden, lud Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU) verschiedene Studierendenvertretungen des Landes (obwohl diese nicht verfasst sind) zum Gespräch ein – um Bedenken und Fragen zur geplanten Einführung zu diskutieren. Auf die Frage nach der Sozialverträglichkeit seiner Pläne angesprochen, erwiderte der Minister damals unter anderem, die Universitäten sollten ein leistungsbezogenes Stipendiensystem aufbauen. Wie sie diese Stipendien finanzieren sollten, wollte ein Studierendenvertreter wissen. „Aus den Studiengebühren.“ war die Antwort. Drei Jahre nach diesem Gespräch gibt es weiterhin kein umfassendes Stipendiensystem in Baden-Württemberg, was, angesichts der von Frankenberg damals implizit vorgeschlagenen Umverteilung von „leistungsschwachen“ hin zu „leistungsstarken“ Studierenden, fast als Glücksfall erscheint.

Knapp zwei Prozent der Studierenden in Deutschland erhalten ein Stipendium, gewöhnlich von einer der großen, parteinahen oder kirchlichen Stiftungen oder der größten Studienstiftung Deutschlands, der „Studienstiftung des deutschen Volkes“. Als einziges Land hat Nordrhein-Westfalen (NRW) ein eigenes Stipendienmodell seit diesem Semester umgesetzt, welches nun auch von der neuen Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag aufgegriffen wurde.

Im Titel des neuen Koalitionsvertrags „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“, hat es die Bildung „im Land der Dichter und Denker“ immerhin auf Platz Zwei geschafft, nur geschlagen vom mächtigen Wachstum, aber immerhin noch vor dem Zusammenhalt. Doch wie manifestiert sich dieser hohe Stellenwert der Bildung im Bezug auf ihre Finanzierung? Schaut man in die Seiten der Vereinbarung zwischen Union und FDP finden sich hierzu vier Punkte:

(1.) Die Koalition will „beispielsweise [jedem neu geborenen Kind] ein Zukunftskonto mit einem Startguthaben von 150 Euro einrichten und Einzahlungen bis zur Volljährigkeit mit einer Prämie unterstützen.“

(2.) Nicht nur „beispielsweise“ werden die Vorschläge zu Stipendiensystemen gemacht: So will die Regierung das Büchergeld der StipendiatInnen, also das Geld, welches ihnen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern ausbezahlt wird, von 80 auf 300 Euro monatlich erhöhen. Einer aktuellen HIS-Studie zufolge bekommen lediglich 28% der StipendiatInnen in Deutschland ein Vollstipendium, sind also finanziell auf die Unterstützung angewiesen. Fast die Hälfte, genauer 43%, bekommen lediglich das sogenannte Büchergeld. Diese 43%, für die das Stipendium mehr

eine ideale und anerkennende Unterstützung darstellt, da sie von Haus aus bereits ausreichend finanzielle Unterstützung erhalten, sollen nach den Plänen des neuen Koalitionsvertrags nun 220 € mehr pro Monat bekommen, auch wenn sie diese gar nicht brauchen. Zwar bekommen auch alle anderen Stipendiate das Büchergeld und somit ebenfalls „mehr Geld“, dennoch ist laut der aktuellen HIS-Studie, die im Oktober 2008 zum „Sozialen Profil in der Begabtenförderung“ durchgeführt wurde, die soziale Ungleichheit bei der Stipendiumvergabe insgesamt eklatant geworden. Eingeteilt nach dem Sozialstatus der Eltern (gemessen an Beruf und Bildung), weisen 51% der StipendiatInnen einen hohen, 21% einen gehobenen, 19% einen mittleren und nur 9% einen niedrigen sozialen Hintergrund auf. Die soziale Herkunft bestimmt demnach wesentlich die Chancen, in den Genuss einer Begabtenförderung zu kommen oder eben auch nicht – „Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, dass er Fülle habe; wer aber nicht hat, von dem wird auch genommen, was er hat.“ (Matthäus 25,29).

(3.) Jedoch „Der Bildungsaufstieg darf an finanziellen Hürden nicht scheitern.“, so heißt es weiter im Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP und man erwartet angesichts dieser Worte fast die Abschaffung der Studiengebühren, die bekanntermaßen eines der größten Hindernisse des „Bildungsaufstiegs“ sind, aber nein: „Wir wollen den Anteil der Stipendiaten mittelfristig von heute zwei auf zehn Prozent der Studierenden erhöhen.[...] Hierzu werden wir gemeinsam mit den Ländern ein nationales Stipendienprogramm ins Leben rufen, mit dem wir von Universitäten und Fachhochschulen bei Wirtschaft und Privaten eingeworbene Stipendien in Höhe von 300 Euro im Monat von der BAföG-Anrechnung freistellen und bis zur Hälfte





Das Büchergeld für alle StipendiatInnen soll von 80 auf 300 Euro pro Monat erhöht werden. Bei einem Durchschnittspreis von 15 Euro pro Buch könnte man davon 20 Bücher pro Monat, 240 im Jahr und 720 im Verlauf eines dreijährigen Bachelor Studiums kaufen.

öffentlich bezuschussen. Die öffentliche Finanzierung soll dabei je zur Hälfte durch den Bund und die Länder erfolgen.“ Problematisch an diesem „neuen“ Stipendienmodell sind vor allen Dingen vier Punkte:

(a) Die Stipendien können nur vergeben werden, wenn die Hochschulen die nötigen 150 € aus der Wirtschaft und von Privatpersonen eingeworben hat – erst dann verpflichtet sich der Bund dazu, die andere Hälfte gemeinsam mit dem jeweiligen Land zur Verfügung zu stellen. Das Einwerben der Stipendiengelder bedeutet für die Hochschulen zusätzliche Kosten, die sich nur peripher für die Unis selbst lohnen, da die Studierenden ja den Nutzen davon tragen werden.

(b.) In NRW, wo dieses Stipendiensystem bereits angelaufen ist, hat sich gezeigt, dass weniger als 1% der möglichen 10% der Stipendien vergeben wurden, weil nicht genug Förderer gefunden wurde. Eine solche Bilanz ist natürlich praktisch für Bund und Länder, da, wenn die Unis nicht genug Gelder eintreiben können, auch sie nichts zahlen müssen und sie gleichzeitig den Sündenbock den Hochschulen zuschieben können – „Wir hätten ja gerne...“

(c.) Zwar brüstet sich die neue Regierung mit ihrem neuen Stipendiensystem – verpflichtet jedoch die Länder dasselbe zur Hälfte mitzufinanzieren.

(d.) Die Einbeziehung der Wirtschaft und von Privatpersonen in die Finanzierung des Bildungswesens ist wesentlicher Bestandteil des „neuen“ Stipendiensystems. Hierzu gehört auch die Möglichkeit des „externen“ Förderers, sich die Fachrichtung auszusuchen, die er/sie gerne fördern möchte. In NRW hat sich folgende Aufteilung der Stipendien auf Fächergruppen ergeben: 27% gehen in die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 21% in die Ingenieurwissenschaften, 8% in die Mathematik und Naturwissenschaften, 5% in die Medizin und nur 1% in die Geistes- und Kulturwissenschaften. Lediglich 38% der Förderer stellten ihre Gelder ohne Fachbindung zur Verfügung.

(4.) „Wir wollen das BAföG sichern und weiterentwickeln. Die Möglichkeit, Bildungskredite über das 30. Lebensjahr hinaus zu verlässlichen Konditionen zu erhalten, werden wir ausbauen.“

Zu Beginn der letzten Legislaturperiode wollte Bundesbildungsministerin Annette Schavan das BAföG komplett abschaffen, zugunsten von Studienkrediten. Das Vorhaben scheiterte damals am ungewünschten Koalitionspartner SPD. Nun, mit dem Wunschartner FDP, soll es also „gesichert und weiterentwickelt“ werden. Was das wohl heißen mag? Die Abwesenheit des Wortes „erhöht“ ist förmlich lesbar.

Schavan und mit ihr die neue Bundesregierung stehen in einer langen Tradition der BAföG-Skepsis, in dessen Licht die Pläne, elternunabhängige Stipendien zu stärken, die Angst vor einem sozial noch selektiveren Bildungssystem schüren. Unter der Regierung Kohl waren die Schavan-Pläne von 2005 nämlich schon einmal realisiert worden: Gleich nach der Regierungsübernahme 1983 wurde das BAföG zum Volldarlehen gemacht, während es, als es 1971 eingeführt wurde, noch ein Vollzuschuss war, also nichts zurückgezahlt werden musste. Diese Regelung wurde erst 1989 teilweise rückgängig gemacht, seitdem muss die Hälfte des erhaltenen Geldes zurückgezahlt werden.

Zum Glück will die Regierung sich jedoch in Zukunft für eine „frühzeitige Berufsorientierung und Studienberatung in der Schule, die auch die vielfältigen Möglichkeiten der Studienfinanzierung umfasst“ einsetzen. Die Schüler können sich also schon während sie das Abitur machen, ausrechnen, wie hoch sie bei welcher Bank nach dem Studium verschuldet sein werden. Vielleicht könnte man das auch gleich in den Matheunterricht beim Thema „Zinsrechnung“ integrieren; schwieriger wird die Rechnung jedoch für die kommenden Generationen, die „beispielsweise“ ihr „Zukunftskonto“ miteinberechnen müssen.

Doch: Diese Tage, im Zuge von massiven studentischen Protesten an Hochschulen im gesamten Bundesgebiet, unzähligen Medienberichten zu den Mängeln im deutschen Bildungssystem und täglichen Lippenbekenntnissen von Verantwortlichen von Universitäten und Ländern hat nun auch Frau Schavan nachgezogen: Sie halte eine Erhöhung des BAföGs für „richtig und werde sie den Ländern und dem Bundeskabinett vorschlagen“. Das einzig Konkrete jedoch, das sich bisher hierzu aus ihrem Ministerium hören ließ, ist, dass bis Ende 2010, Anfang 2011 wohl erstmal nichts passieren wird. Wie hoch sie sein soll, diese Erhöhung, und wie sie angesichts von elternunabhängigen Stipendien für 10% der Studierenden finanziert werden soll, dazu vernehmen wir nur Schweigen.

von Janina Reibold und Christopher Laumanns



Hörsaal 14 wird zu Freiraum 14

Besetzte Hörsäle an über 50 deutschen Hochschulen

Im vergangenen Sommer gingen im Rahmen des Bildungsstreiks bundesweit mehr als 270 000 Menschen auf die Straße um gegen die Umstrukturierungen im Bildungssystem zu protestieren. Die dezentral organisierten Proteste brachten das Thema Bildungspolitik verstärkt in die mediale Öffentlichkeit und die Politik. Doch nachdem die Nachrichten von Rektoratsbesetzungen und Demonstrationen von den Titelseiten der Zeitungen verschwanden, trat auch das Thema Bildungspolitik wieder in den Hintergrund und die während des Bildungsstreiks thematisierten Missstände im Bildungssystem blieben ungelöst. Der Beginn des Wintersemesters zeigt, dass die Bildungsproteste des Sommers keineswegs nur ein Strohfeder waren. Noch vor dem bundesweiten Demotag am 17. November begann mit Hörsaalbesetzungen in ganz Deutschland ein heißer Herbst.

Am 22. Oktober besetzten über 1000 Studierende das Audimax der Universität Wien um gegen die österreichische Bildungspolitik zu protestieren. Die Studierenden sahen ihren Protest jedoch keineswegs national begrenzt, da von der Bachelor/Master Umstellung im Zuge des Bologna-Prozesses nahezu alle europäischen Universitäten betroffen sind. Nachdem die Besetzenden des Audimax in Wien die Studierenden in Deutschland aufforderten, ihren Protest zu unterstützen, beschlossen am 2.11. Studierende der Uni Heidelberg in einer Vollversammlung mit Live-Schaltung nach Wien sich durch die Besetzung eines Hörsaals der Neuen Universität mit den Forderungen der Wiener Besetzung zu solidarisieren. Am Abend des 3.11. besetzten etwa 150 Studierende den Hörsaal 14 der Neuen Uni. In den nächsten Tagen zogen weitere Hochschulen Deutschlands nach, so besetzten seither Studierende an über 50 Hochschulen Hörsäle (Stand 18.11.). Mit

der UC Berkeley und der University of California sind mittlerweile auch die ersten US-amerikanischen Unis besetzt. Die Besetzungen sind bundesweit und international vernetzt, denn Probleme wie die Kommerzialisierung von Bildung und die fehlende Mitbestimmung sind weltweit vorzufinden.

Die Forderungen der Heidelberger Besetzung decken sich weitestgehend mit den während der Rektoratsbesetzung im Juni formulierten, jedoch steht für die Studierenden des Hörsaal 14 dieses Mal insbesondere die Notwendigkeit der Schaffung studentischer Freiräume im Vordergrund. Mit der Besetzung schafften sich die Studierenden einen selbstverwalteten Raum für Diskussionen und (hochschul-)politische Arbeit. In dem in „Freiraum 14“ umbenannten Hörsaal finden täglich politische und kulturelle Veranstaltungen statt und vor dem Raum wurde ein selbstverwaltetes Café eingerichtet.

Die studentische Beteiligung an der Besetzung hielt sich, im Vergleich zur Besetzung des Rektorats im Rahmen des Bildungsstreiks, in Grenzen. Die Zahl der an der Organisation und Aufrechterhaltung der Besetzung beteiligten Studierenden beläuft sich auf etwa 100 Aktive und auch wenn die Veranstaltungen des Freiraum 14 ein größerer Kreis besucht, ist die Resonanz nicht mit der des Bildungsstreiks zu vergleichen. So befanden sich bei der Besetzung des Rektorats im Juni zeitweise bis zu 600 Personen in der Alten Universität und an der Heidelberger Demonstration nahmen 7000 Menschen teil. Auch ist die Gruppe der Besetzenden in Hörsaal 14 wesentlich homogener und vermag die Masse der Studierenden noch nicht zu erreichen. Dies könnte sich jedoch mit Beginn des bundesweiten Bildungsstreiks am 30. November (siehe Seiten 10-11) ändern.

Die Forderungen der Besetzenden des Hörsaal 14

Demokratisierung des Bildungssystems

- ✂ Einführung der Verfassten Studierendenschaften
- ✂ Abkehr vom Modell der deregulierten Hochschule
- ✂ Sicherung der Freiheit in Lehre und Forschung ohne Exzellenzinitiative
- ✂ Stärkung der Selbstverwaltungsgremien und
- ✂ Abschaffung des Aufsichtsrates der Universität

Freie Bildung für alle

- ✂ Vollständige Finanzierung der Universität durch Landesmittel
- ✂ Abschaffung der Studiengebühren
- ✂ Keine Zugangsbeschränkungen und Anwesenheitskontrollen
- ✂ Keine Übergangsquoten für den Master

Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen

- ✂ Überarbeitung der Bachelor/Master-Umstellung anstatt Ausweitung auf das Lehramtsstudium
- ✂ Aufstockung des Lehrpersonals, Beendigung prekärer Beschäftigungssituationen in der Lehre
- ✂ Studentische Freiräume!

**UNSERE
UNI**

Die Reaktion des Rektorats

Das Rektorat reagierte anfangs sehr passiv und da die Studierenden für die regulären Veranstaltungen des Hörsaal 14 alternative Räume organisierten, wurde die Besetzung toleriert. Auf Einladung der Besetzenden kam es nach zwei Wochen jedoch zu Gesprächen mit VertreterInnen des Rektorats. Auf organisatorischer Ebene arbeiteten Besetzende und Rektorat zusammen, so wurde für den SchülerInnentag am 18.11. in der Neuen Uni eine Kompromisslösung gefunden, die dem Rektorat ermöglicht den Hörsaal 14 an diesem Tag wie geplant zu nutzen.

Auch inhaltlich betonte Prorektor Roth, ähnlich wie Rektor Eitel während der Rektoratsbesetzung, immer wieder, das Rektorat unterstütze die Forderungen der Studierenden und man ziehe an einem Strang. Im Gegenzug für eine freiwillige Beendigung der Besetzung bot er einen „konstruktiven Kommunikationsprozess“ um gemeinsam Ideen zur Lösung der Probleme zu erarbeiten an.

Jedoch befinden sich die Studierenden immer noch in dem aus der Rektoratsbesetzung im Juni entstandenen „konstruktiven Kommunikationsprozess“ mit dem Rektorat: der „AG Mitbestimmung“ (siehe Seite 8), in der sich in offenem Rahmen interessierte Studierende der Uni Heidelberg mit VertreterInnen des Rektorats treffen. Dieser Dialog hat allerdings bisher keine Ergebnisse hervorgebracht und wenn Prorektor Roth erklärt, er glaube „nicht an die Kraft des besseren Arguments“, so ist fraglich, ob die Interessen der Studierenden, die außer ihren Argumenten keinerlei institutionalisierten Einfluss haben, in diesem Kommunikationsprozess überhaupt ernst genommen werden. Und so ist die erneute Besetzung eines Teils der Universität als Mittel, um studentischen Interessen Gehör zu verschaffen, eine Konsequenz der fehlenden Anerkennung der Studierenden als gleichberechtigte Diskursteilnehmende im Kommunikationsprozess.

Am 27.11. beschlossen die BesetzerInnen des Hörsaals 14 ein „Raumangebot“ des Rektorats zu nutzen. Der Raum 018 des ehemaligen Instituts für politische Wissenschaft in der Marstallstraße 6 soll den Studierenden bis zum 22.12.2009 zur Selbstverwaltung zur Verfügung gestellt werden. Danach soll es, laut Rektorat, ein ädequates Nachfolgeangebot geben. Wie mit der Forderung des Rektorats, zwei Studierende mit ihrer Unterschrift die juristische Verantwortung für eventuelle Personen- oder Sachschäden im Raum 018 übernehmen zu lassen, umgegangen wird, ist noch unklar.

von Nina Marie Bust-Bartels

„Ich meine, dass die Besetzung auf jeden Fall eine Lücke an der Uni Heidelberg schließt, da es an ihr keine selbstverwalteten studentischen Freiräume gibt und ich wünsche mir, dass sich dieser Freiraum dauerhaft etabliert. Außerdem ist die Besetzung meiner Meinung nach der einzige Weg die sozialen Ziele auf politischer Ebene zu artikulieren, ohne sich parteipolitisch vereinnahmen zu lassen.“

Sebastian Erhard studiert Geschichte, Philosophie und Klassische Indologie auf Magister

„Ich habe auf jeden Fall Verständnis für die Inhalte. Jedoch habe ich das Gefühl, dass der Protest auch von politischen Gruppen mitgetragen wird, mit denen ich mich nicht identifizieren kann.“

Maximilian Palm studiert im 9. Semester Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft auf Staatsexamen

„Prinzipiell finde ich es schön, dass erkannt wird, dass es Mängel gibt. Ich denke aber die Besetzung ist nicht der richtige Weg und bringt nicht wirklich viel.“

Josie Kerstan studiert Philosophie im 1. Semester auf Bachelor

„Da ich auf Staatsexamen studiere, bin ich von der Bachelor-Umstellung nicht betroffen. Daher hat für mich die Besetzung keine große Bedeutung. Ich habe nicht das Gefühl, dass in Heidelberg die große Masse der Studierenden angesprochen wird.“

Johanna Göbel studiert im 1. Semester Jura auf Staatsexamen

„Ich finde die Besetzung sehr gut und vor allem, dass sich viele nicht von der Bachelor-Umstellung betroffenen am Protest beteiligen. Dass sich so wenige der Studierenden in meinem Bachelor-Studiengang beteiligen, zeigt, was mit der Umstrukturierung verloren geht. Außerdem macht die Besetzung auf die problematischen universitären Strukturen aufmerksam und ist zeichnend für eine kritische Schichtweise im Allgemeinen.“

Sarah Risse studiert im 1. Semester Kunstgeschichte und Philosophie auf Bachelor

Weitere Informationen und das täglich aktualisierte Programm gibt es unter www.bildungstreik-hd.de

DEN PHILOSOPHEN HABEN SIE ERSETZT
DURCH DEN BÜROKRATEN
DEN GEDANKEN DURCH DIE FUßNOTE
DEN GEIST DURCH DEN AKTENORDNER

Arbeitsgruppe studentische Mitbestimmung – zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Der Bildungsstreik und die damit zusammenhängende Besetzung der Alten Universität im Sommer waren ein Aufschrei der Studierenden, ein Zeichen ihrer Unzufriedenheit über die demokratischen Defizite an der Universität. Denn Möglichkeiten, Studierende gleichberechtigt mitbestimmen zu lassen, sind bis heute nicht vorhanden.

In Folge eines Gesprächs am 02.07.2009, bei dem Gremienvertreter der Studierenden, viele der Besetzenden und alle wichtigen Personen des Rektorats anwesend waren, wurde die Arbeitsgruppe „studentische Mitbestimmung“ aus der Taufe gehoben. Diese setzt sich entsprechend dem Positionspapier, welches nach dem Gespräch erarbeitet wurde, „aus VertreterInnen des Rektorats sowie allen anderen an einem kontinuierlichen Prozess interessierten Mitgliedern der Universität“ zusammen. Ziel war es, die konkreten Möglichkeiten der Mitbestimmung von Studierenden an der Universität auszuloten und deren Umsetzung zu begleiten. In den sechs bisherigen Treffen, die seit Ende Juli in unregelmäßigen Abständen stattfanden, wurden hauptsächlich die Themen Institutsräte, Freiräume für Studierende und die Einführung einer Verfassten Studierendenschaft angesprochen. Die genannten Punkte, sowie zugehörige, detaillierte Positionspapiere wurden von den Studierenden unabhängig von den Treffen der Arbeitsgruppe erarbeitet und vorgelegt. Das Rektorat hat zu den jeweiligen Positionen bisher lediglich mündlich Stellung bezogen, sodass es keine veröffentlichte und klare Stellungnahme gibt.

Daraus ergibt sich die Problematik, dass das Rektorat etwa bei Fragen der Mitbestimmung von Studierenden auf Institutsebene, zwar versichert, dass die Mitwirkung bei der Überarbeitung der Bachelor- und Master-Studiengängen erwünscht sei, geht es jedoch um grundlegende oder längerfristige Entscheidungen, so wird den Studierenden grundsätzlich jegliche Kompetenz abgesprochen. Dabei wird das Rektorat von den Studierenden erst auf die Missstände aufmerksam gemacht.

Neben vielen Meinungsverschiedenheiten erschwerten zudem Missverständnisse die Arbeit. Beispielsweise führten die Unterbrechung der rektoralen Erstsemesterbegrüßung durch einige Studierende sowie Kommunikationsprobleme hinsichtlich der Institutsfragebögen (die eine Einschätzung zur Schaffung von Institutsräten erfragen) zu Spannungen. So veröffentlichte das Rektorat eine eigene Version der Fragebögen, anstatt die gemeinsam erarbeiteten zu verwenden.

Ein zentrales Problem ist, dass die Studierenden in der Arbeitsgruppe als Einzelpersonen sprechen müssen, da sie keine Meinung der gesamten Studierendenschaft vertreten dürfen. Dies ist deshalb nicht möglich, da es keine Verfassten Studierendenschaften gibt, was ein Problem und gleichzeitig Ziel der Arbeitsgruppe ist.

Das Ziel zu Beginn des Wintersemesters 2009/2010 erste Ergebnisse vorzulegen wurde bisher nicht erreicht. Grund hierfür ist unter anderem die Unregelmäßigkeit der Sitzungen der AG Studentische Mitbestimmung, denn die Rektoratsmitglieder mit Entscheidungsbefugnissen räumen der Arbeitsgruppe keine große Priorität ein und erschweren so die Terminfindung. Dies gilt vor allem für den Rektor, der bislang nicht persönlich erschienen ist. Trotzdem waren bei allen Gesprächen wichtige Personen aus dem Rektorat anwesend, sodass kontinuierlich Meinungen ausgetauscht werden konnten und die Positionen der Studierenden im Rektorat ankamen und teilweise verstanden werden.

Zudem konnten durch den direkten Kontakt, beispielsweise bei der Besetzung des Hörsaals 14 in der Neuen Universität, Konfrontationen in einen konstruktiven Prozess abgeleitet werden. Dennoch ist zu befürchten, dass die Ergebnisse der Arbeitsgruppe ohne Druck von der Straße sehr bescheiden ausfallen könnten. Über den Sinn oder Unsinn der Arbeitsgruppe lässt sich streiten, letztendlich wird sie jedoch an ihren Ergebnissen gemessen werden. Interessierte können sich unter <http://agsm.fachschaftskonferenz.de/index.php/Hauptseite> informieren oder zum nächsten Treffen am 02.12.2009 um 18 Uhr im Senatssaal der Alten Universität kommen.

von Nicolai Ferchl

Schon gewusst?

... nur für konsekutive Studiengänge sind die Studiengebühren auf 500 € beschränkt. Für einen Master, der nicht unmittelbar auf einen Bachelor aufbaut (nicht-konsekutiv), gibt es keine Preisgrenzen – weder nach unten, noch nach oben.

Hier eine kleine Auflistung der Studiengebühren pro Semester für bereits existierende nicht-konsekutive Master der Uni Heidelberg:

Health Economics	12 000 Euro	Diakoniewissenschaft	1 793 Euro
Unternehmensrestrukturierung	8 000 Euro	Medical Education	9 000 Euro
American Studies	5 000 Euro	Nonprofit Management and Governance	2 625 Euro

Reiche Eltern für alle reicht nicht

Eine populäre Forderung der Bildungsstreik-Bewegung ist die Abschaffung von Studiengebühren. So griffig, dass dieser Slogan auch gerne von den Medien weiter getragen wird. Griffig und kurz, manchmal zu kurz. Denn es geht bei der Misere des Bildungssystems nicht allein um die Tatsache, dass Studierende pro Semester für 500 € ein bisschen Wissen einkaufen können.

Ein Plädoyer für die Abkehr vom unternehmerischen Dienstleistungsparadigma, nämlich dass die Uni ein Bildungskonzern sei, der der studentischen Kundschaft exklusive Abschlusszertifikate in Aussicht stellt, wirft zugleich folgende Fragen auf: Wie soll Universität stattdessen gestaltet sein? Und was soll den Studierenden dort vermittelt und ermöglicht werden?

„Selbstbestimmtes Leben und Lernen“, fordert der Bildungsstreik. Dahinter verbirgt sich die Idee eines emanzipatorischen Bildungsbegriffs. Es geht also nicht nur darum, fundiertes Fachwissen zu erlangen, sondern auch darum, den Menschen die Grundlagen für ein mündiges und selbstbestimmtes Leben zu eröffnen. Ziel ist es nicht, über wirklich alles Bescheid zu wissen. Aber es geht um die Fähigkeit, kritische Fragen stellen zu können, sich die Informationen dazu einholen und diese beurteilen zu können, kurzum: sich eine eigene Meinung bilden zu können. Dafür ist eine eigene Urteilsbasis von Nöten; die Werte und normativen Orientierungspunkte sollen sich Studierende dabei selbstbewusst und autonom aneignen können. Und das braucht Zeit. Wer in sechs Semestern durch die Lehre von der Politischen Ökonomie gehetzt wird, wird nur schwerlich die Zeit dafür finden, sich mal zu überlegen, ob es überhaupt Alternativen zum homo oeconomicus der neoklassischen Theorie gibt.

Ein emanzipatorischer Bildungsprozess manifestiert sich aber nicht nur in der Freiheitsbehauptung des Individuums nach innen. Die Vermittlung von Reflexionsfähigkeit, Urteilsvermögen und Gestaltungskraft, also Bildung im emphatischen Sinne, ist ebenso nach außen für die Form und Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft wichtig, denn eine lebendige und echte Demokratie braucht auch mündige Bürgerinnen und Bürger, die politische Teilhabe als Selbstverständlichkeit betrachten.

Um mit der zunehmenden Komplexität der politischen Entscheidungsprozesse angemessen umgehen zu können, muss man auch entsprechend gebildet sein. Andernfalls verschwindet die Fähigkeit zum kritischen Hinterfragen in einer allgemeinen Unübersichtlichkeit. Durch fehlende und Fehlinformationen wird ansonsten der demokratischen Kontrolle ihre

Grundlage entzogen. Wem gegenüber müssten sich politische oder wirtschaftliche Entscheidungsträger verantworten, wenn niemand nachfrüge, niemand darauf bestünde? Unwissenheit und blinde Flecken in der öffentlichen Aufmerksamkeit können unter diesen Umständen zu Machtmechanismen werden. Vor allem dann, wenn politische Willensbildungsprozesse zunehmend in den Händen nichtstaatlicher Akteure liegen, deren Meinungsmacht von der finanziellen Ausstattung der jeweiligen Institution abhängt (siehe Seiten 2 und 3).

Ein Ort, wo emanzipierte Bildung beheimatet sein kann, ist eine demokratische und soziale Universität. Eine solche Uni versteht sich als Miniaturbild einer demokratischen Gesellschaft. Insofern muss sie auch die soziale Vielfalt einer Gesellschaft abbilden und kann kein elitärer Ort der Elitenreproduktion sein. Aus diesem Grund finden Selektionsmechanismen, die die soziale Ungleichheit befördern, an dieser Art von Uni keinen Platz. Viel Raum ist aber dem Ein- und Ausüben demokratischer Praxis nach dem bottom-up-Prinzip gegeben; eine verfasste Studierendenschaft, die auf gleicher Augenhöhe zusammen mit den übrigen Statusgruppen Entscheidungen trifft, ist eine Selbstverständlichkeit. Statt den Studierenden inhaltsleeren und abstrakten Arbeitseifer anzutrainieren, der sich nur danach richtet, was für die nächste Klausur auswendig zu lernen ist, wird der Lerneifer, die Neugier auf die Welt gefördert.

Für eine demokratische und soziale Hochschule ist die Finanzierung durch die öffentliche Hand gewährleistet. Schließlich wird an den Unis Wissen und Erkenntnis als Kollektivgut geschaffen, welches auch einer kollektiven Finanzierung bedarf. Die öffentliche Finanzierung dient ebenso der Absicherung der Freiheit von Forschung und Lehre, also eines wissenschaftlichen Grundprinzips. Denn eine Uni, die etwa von Mitteln von Exxon Mobil abhängig ist, wird kaum zum Klimawandel forschen, und falls doch, dann lässt sich leicht vorhersagen, zu welchen Ergebnissen diese Studien kommen werden. Die öffentliche Finanzierung soll folglich ein freies Nachdenken ermöglichen und eine mehr oder weniger subtile Form der Denkzensur durch materielle Abhängigkeitsverhältnisse zu verhindern suchen.

Deshalb trifft die Forderung „Reiche Eltern für alle“ eben nicht den Kern des Bildungsstreiks, denn die finanzielle Hürde ist nur ein Teil der Entwicklung hin zur unternehmerischen Hochschule. Einem Ort, wo emanzipatorische Bildung keinen Platz hätte.

von Jasmin Tran und Jonas Bust-Bartels





Modularisierung des Lehramtstudiums

Die Umstellung der Magister- und Diplomstudiengänge auf Bachelor und Master hat sich in der Praxis mehr oder weniger als Katastrophe erwiesen – selbst Bundesbildungsministerin Schavan musste dies inzwischen einräumen. Was sich in Baden-Württemberg an den Universitäten im Zusammenhang mit der Umstellung der Lehramtsstudiengänge abzeichnet, lässt eine Fortsetzung derselben erwarten und keineswegs eine sinnvolle, nachhaltige Reform des Lehramtsstudiums. Die Vorgaben des Ministeriums deuten hier und da eine Verschärfung der Probleme an – u.a. im Bereich des Praxisbezugs und der Schulpraktika sowie des Hochschulzugangs. Was hier verordnet wird, dürfte sich nicht nur für die künftigen Lehramtsstudierenden als wenig sinnvoll, sondern in nachhaltiger Weise auch für die Schulen als kaum praktikabel erweisen.

Angehende Gymnasiallehrkräfte studieren in Baden-Württemberg im Rahmen von Staatsexamensstudiengängen an den Universitäten. Ende August hat das Kultusministerium eine neue Verordnung über die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien (Gymnasiallehrerprüfungsordnung I – GymPO I) erlassen. Die Verordnung muss bis zum 1.09.10, d.h. zum WS 10/11 von den Universitäten umgesetzt werden. Hierzu gibt es an der Uni Heidelberg eine uniweite Kommission sowie weitere Kommissionen auf Instituts- bzw. Fakultätssebene. Die Verordnung sieht vor, dass nun auch die Staatsexamensstudiengänge modularisiert werden. Lehramtsstudierende müssen künftig in Baden-Württemberg einen Lehrerorientierungstest und ein zweiwöchiges Orientierungspraktikum vor Studienbeginn absolvieren, das Praktikum kann noch bis zum Beginn des 3. Semesters abgelegt werden. Als neuer Studienbestandteil müssen zudem Module zur Personalen Kompetenz absolviert werden; der Fachdidaktikanteil wurde erhöht. Wer das Schulpraxissemester nicht besteht, kann kein Staatsexamen für das Lehramt mehr ablegen.

Der Reformbedarf der Lehramtsausbildung an den Universitäten im Ländle ist unbestreitbar und vielfach beschrieben worden. Umso wichtiger ist es, die Probleme ernsthaft anzugehen und eine stimmige Sache auf die Beine zu stellen. Im Falle der Übernahme der Modularisierung, die sich in der Praxis an den Hochschulen derzeit als Verschlimmbesserung erweist, geht genau diese Chance verloren. Emanzipatorische Absichten, die im Rahmen gegenwärtiger Reformabsichten durchaus bestehen, drohen in der Reform von oben gerade verloren zu gehen. Gut ist allerdings, dass sich Unis und Ministerien darauf einigten, keine BA-MA-Studiengänge mit einer Selektion nach dem BA einzuführen, sondern einen modularisierten 8-semesterigen Studiengang.

Kritikpunkt 1: Praxisanteile werden nicht sinnvoll ins Studium eingebunden

Künftig ist ein selbst organisiertes Orientierungspraktikum in der Schule Voraussetzung für die Zulassung zum gymnasialen Lehramtsstudium. Ein Problem liegt darin, dass direkt nach der Schule der Perspektivwechsel vom Belehrteten zum Lehrenden ohne Unterstützung selten vollzogen wird und das Praktikum somit herzlich wenig für das weitere Studium bringt. Hinzu kommt ein Orientierungstest. Derartige Tests dienen bereits jetzt letztlich dazu, Interessierten willkürlich einen Studienplatz zu verwehren und sind daher grundsätzlich abzulehnen.

Das Schulpraxissemester muss in Zukunft bestanden werden; offen bleibt im Entwurf, wer durchfallen lässt: die Schule? das Seminar? die betreuende Lehrkraft? die Uni? Im zweijährigen Referendariat stelle die erste Zeit an der Schule einen Orientierungsraum dar, nun wird der erste ernsthafte Schulkontakt damit belastet, dass er bewertet wird.

Über eine Finanzierung des Schulpraxissemesters – einige Studierende müssen sich für die Zeit ein zweites Zimmer und die Fahrtkosten selbst finanzieren – wird übrigens auch nicht nachgedacht.

Kritikpunkt 2: Ansätze zur inhaltlichen Neugestaltung werden bereits im Vorfeld verspielt

Bereits die Formulierungen im Entwurf der Verordnung verriet, dass man sich über Modularisierung keine großen Gedanken gemacht hatte: es ist, z.B. bei Fachdidaktik, von „Modulen“ die Rede, wenn es sich vom Umfang her um zwei bis drei Veranstaltungen handelt. Hier könnte man ein sinnvolles Modul aus aufeinander abgestimmten Veranstaltungen vorsehen. Stattdessen könnten nun aber auch drei oder vier „Modulen“ in einem Bereich eingeführt werden – so könnten diese hätten dann den Umfang je einer Veranstaltung und müssten nicht aufeinander abgestimmt sein. Da jedes Modul mit einer Prüfung schließen muss, birgt dies zusätzlich die Gefahr der Prüfungsinflation.

In welcher Form die Fachdidaktik angeboten werden soll, bleibt völlig offen. Stellen gibt es dafür nicht, bisher wurden die Veranstaltungen oft von abgeordneten Lehrkräften durchgeführt. Seit der Einführung von Studiengebühren will das Kultusministerium hierfür jedoch Geld – zuvor wurden die Veranstaltungen an der Uni aufs Deputat angerechnet. Wieviel genau die Uni Heidelberg beispielsweise inzwischen für Fachdi-

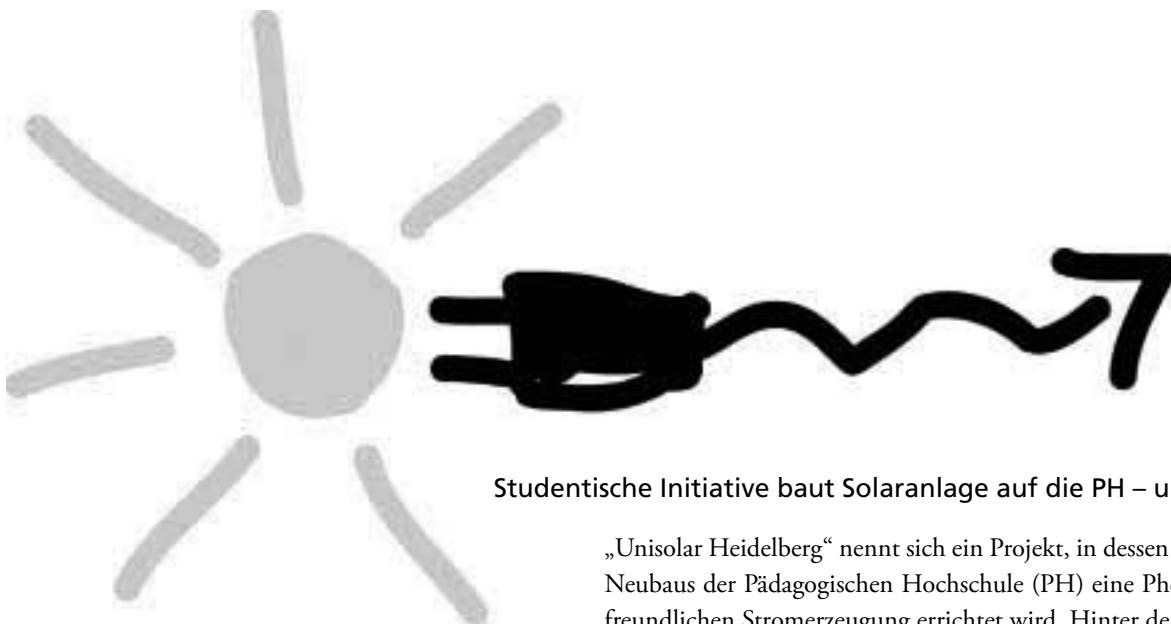
daktik zahlt, ist nicht so klar und wird aus den Auflistungen über Studiengebührenverwendung nicht ersichtlich.

Insgesamt ist es bedauerlich, dass keine Evaluation der letzten Umstellung von 2001 durchgeführt wird. Anstatt über ein besseres Studium nachzudenken, wird nun die oft unbefriedigende bisherige Praxis fortgeschrieben. Auch eine Verzahnung der Praxisphasen mit dem Studium, die mit dem jetzigen Schulpraxissemester nicht geleistet wird, bleibt eine hohle Phrase. Zudem werden bei den geplanten Reformen bereits bestehende Tendenzen der Beschränkung des Hochschulzugangs verschärft.

Um eine sinnvolle Studienreform vorzunehmen, reicht es nicht, allein auf einzelne Bereiche zu blicken. Die Entwicklungen müssen im Gesamtzusammenhang bedacht und vor diesem Hintergrund bewertet werden. Eine fitte Kommission an der Uni Heidelberg, engagierte und qualifizierte Zuarbeit aus den Fächern und ein Rektorat, das sich für das Lehramtsstudium stark macht, sind hierfür unabdingbar. Derzeit wird noch in zu vielen Fächern improvisiert, die grundlegende Diskussion vermieden und Fragen wie die Umsetzung des erhöhten Fachdidaktikanteils nur dahingehend diskutiert, wie man so tun könnte, als hätte man sich dazu was überlegt, nicht aber, wie man dort etwas tun könnte.

Wo es gut läuft, ist studentisches Engagement ohnehin gefragt, wo es nicht gut läuft, erst recht gefordert – wer Interesse hat sich an der Arbeit zu beteiligen, kann sich beim AK Lehramt der FSK oder den Fachschaften melden und sich über die Umsetzung vor Ort informieren.

vom Referat für Studienreform und hochschulpolitische Entwicklungen der FSK



Studentische Initiative baut Solaranlage auf die PH – und sucht InvestorInnen

„Unisolar Heidelberg“ nennt sich ein Projekt, in dessen Rahmen auf dem Dach des Neubaus der Pädagogischen Hochschule (PH) eine Photovoltaikanlage zur klimafreundlichen Stromerzeugung errichtet wird. Hinter der Initiative steht eine Gruppe von Studierenden der PH und der Uni. „Es wird viel über Klimaschutz geredet, aber wir wollen einen praktischen Beitrag dazu leisten“, ist sich die Projektgruppe einig. Die Anlage hat eine Leistung von 30 kWp und kostet 95.000€. Dieses Geld soll über ein „Bürgerbeteiligungsmodell“ hereinkommen. Da der ins Stromnetz eingespeiste Strom über 20 Jahre zu einem gesetzlich festgelegten Preis vergütet wird, können, abhängig von der Sonnenscheindauer, vier bis sechs Prozent Rendite auf den investierten Anteil garantiert werden. Ab einem Mindestbetrag von 250 € kann man sich an der Photovoltaikanlage beteiligen. Nähere Infos gibt es unter www.unisolar-heidelberg.de – Die Initiative sucht noch HelferInnen, ganz egal ob als AnlegerIn oder als HelferIn bei der Öffentlichkeitsarbeit.

von Andreas Gißler



Demonstrieren oder Studieren? Bildung zwischen Lethargie und Aufbruch

Dienstag, den 17.11., 13.00 Uhr. Vor einer Stunde hat die Demonstration im Neuenheimer Feld begonnen. Ich sitze noch an meinem Schreibtisch und versuche, Strafrecht zu lernen. Heute ist der „Höhepunkt“ der zweiten Runde des Bildungsstreiks 2009. Bundesweit Demonstrationen in mehr als 50 Städten. Später erfahre ich, dass es diesmal 85.000 Menschen auf den Straßen waren. Im Juni waren es 270.000. Damals war es auch wärmer und außerdem was ganz neues, dieser Bildungsstreik. Alle Medien schrieben vom Protest der Schüler und Studenten. Ein Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK), dass die BA/MA-Studiengänge entschlackt werden müssen – da seien die Hochschulen in der Pflicht. Und dass die Hochschulen ein mehr als sechssemestriges Bachelor-Studium anbieten können, wenn sie wollen. Die Hochschulen fragen sich, wie sie das finanzieren können. Dafür wiederum müsse das Land – also die Kultusminister – sorgen. Ein neues Semester, eine andersfarbige Bundesregierung, viele Reden über die „Bildungsrepublik“ und die „wichtigste Ressource Deutschlands“. Veränderungen oder Parlamentsbeschlüsse blieben aus. Jetzt soll ein neuer Anlauf neuen Schwung bringen.

Mein Kopf ist nun weit weg vom Strafrecht. Wie sich wohl die anderen Studierenden fühlen, die jetzt in Seminaren sitzen, in der Bibliothek oder wie ich am Schreibtisch? Können sie sich jetzt wirklich auf das Lernen konzentrieren? Oder sind sie genauso aufgewühlt, wie ich? Laut studiVZ sympathisieren 43% der Studierenden passiv mit den Protesten, während 33% sich nicht informiert haben. 11% beteiligten sich aktiv und 13% sind dagegen.

Ich laufe durch Plöck Richtung Bismarckplatz, wo die Demo um 13.30 Uhr vorbeikommen soll. Munter fahren mir viele Studis mit dem Fahrrad entgegen, einige lachen ausgelassen im Café, andere gehen zielstrebig zum nächsten Seminar. Im Kaufhof überfliege ich die Titelseiten der Zeitungen. „Studentenproteste“ werden überall angekündigt, alles voll vom Bildungsstreik. Als ich auf die Hauptstraße herausträte, höre ich schon die Trillerpfeifen und sehe das Blaulicht der Polizei. Das gelbe Frontransparent biegt um die Ecke. „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut“ aus tausend Mündern. Ich lehne mich an das Schaufenster eines Kaufhauses und lasse die Demo an mir vorbeiziehen, es sind viele Schülerinnen und Schüler dabei. Ihre Forderungen werden von Politik und Medien heute verschwiegen, den vielen besetzten Hochschulen sei Dank. Die Reform des Bachelors ist das Thema dieser Proteste. Es ist auch das politisch unstrittigste, denn niemand verteidigt BA/MA in der momentanen Form noch. Ein kleiner Erfolg des Streiks im Juni? Doch was ist mit der geforderten Demokratisierung der Bildung und die Ablehnung ihrer Ökonomisierung – wohl zu abstrakt, sogar für Journalisten. Oder einfach nicht gewollt und klein gehalten?

Siehe da, sogar ein Dozent demonstriert mit - eine seltene Ausnahme! Eine Passantin lächelt und nickt zustimmend, das ihr angebotene Flugblatt nimmt sie gerne an sich. Ein älterer Herr schaut ganz verduzt, Büromitarbeiter winken aus den Fenstern. Der Soundwagen zieht an mir vorbei, einige coole Gymnasiasten haben es sich auf dem Verdeck bequem gemacht, es läuft französischer Reggae. Ich reihe mich in die Demo ein, immer wieder fangen kleine Grüppchen an zu skandieren, andere schließen sich an, dann flacht es wieder ab.

Auch auf der Demo scheint jeder ein wenig seinen eigenen Weg zu gehen. Wieder kommen mir die gerade lernenden Leute in den Kopf. Ob sie von der Demo wussten, ob sie auf deren Erfolg hoffen, ob sie sich bewusst dagegen entschieden haben, nicht zu kommen? Immerhin stehen doch über die Hälfte den Zielen und Forderungen positiv gegenüber und der uninteressierte Rest enthält sich der Stimme. Auf den Flugblätter geht es um „selbstbestimmtes Leben und Lernen“. Worthülsen in einem durchregulierten Leben zwischen Schule und Job? Das Studium scheint zu einem Trott geworden sein, ein Trott des wiederkehrenden Pflichtlernens mit Berufsziel. Auch die Demo trottet vor sich hin. Das Wetter hält, der Regen bleibt aus.

Bei der landesweiten Bildungsstreik-Demonstration am 21. November 2009 in Stuttgart kam es zum Einsatz von Polizeigewalt gegen Studierende und SchülerInnen. Nachdem die Demonstration mit ca. 6000 TeilnehmerInnen offiziell aufgelöst worden war, verspernte die Polizei einigen Demonstrierenden den Heimweg zum Hauptbahnhof. Die Protestierenden riefen immer wieder „Keine Gewalt!“ und hielten ihre Hände als Zeichen ihrer Friedfertigkeit in die Höhe. Die BeamtInnen gingen mit Schlagstöcken, Pfefferspray und Tränengas vor und ritten mit Pferden in die Menge um den Demonstrationszug zu teilen. Es kam zu diversen Festnahmen.

Die Demo endet am Uniplatz, der letzte Redner ermuntert die Verbliebenen dazu auf, sich nicht alles gefallen zu lassen. „Wir sind die Jugend und wir müssen dafür sorgen, dass sich unsere Gesellschaft weiterentwickelt und nicht stillsteht!“, ruft er und erntet stürmischen Applaus. Dann kommt der Regen. Die Menge löst sich auf. Einige gehen zur Uni. Im „Freiraum 14“ duftet es nach Kaffee und Essen.

Wo die anderen jetzt wohl sind? Was sie wohl denken, wenn sie heute Abend Spiegel Online lesen oder die Tagesschau sehen? Vertrauen sie auf den Einsatz ihrer aktiven Kommilitonen, bezweifeln sie, das sich etwas verändern lässt oder haben sie schlicht andere Prioritäten im Leben? „Unterm Strich_ zähl ich?“, wie die Dresdner Bank empfiehlt, oder „Die anderen werden's schon richten?“. Über die von Ministerin Schavan versprochene BAföG-Erhöhung wird sich niemand beschweren und auch nicht über einen entschlackten Master-(Platz) Studiengang. Doch treibt einen das aus dem Alltag auf die Straße? Sind die Veränderungen wirklich so dringlich, wie die Demonstrierenden suggerieren?

Abends kommt Lob von allen Seiten. Die Hochschulrektoren, die Kultusminister, Parteien, Gewerkschaften, Professoren und Kommentatoren – alle begrüßen und verstehen sie den Protest der jungen Menschen. Mehr BAföG und eine Reform der Bologna-Reform soll kommen. Ob sich darüber hinaus was verändern wird in der „Bildungsrepublik“ oder im „Ländle“? An Idealen und Forderungen fehlt es den jungen Menschen nicht. Sympathie haben sie, die Bildungswilligen, aber haben sie auch die Kraft und den Willen zur Veränderung?

In der Neuen Uni gehen die Seminare zu Ende, viele Studierende strömen aus dem Gebäude. Im Juni waren die Hörsäle leer, 7000 auf der Straße, hunderte anschließend im Rektorat. Auch ich gehe nach Hause. Der Schreibtisch ruft. Mein Strafrechtsbuch liegt aufgeschlagen vor mir, im Radio kommen die ersten Zahlen der Demos, der Tee dampft und die Welt dreht sich weiter. Heute wurden 16 neue Universitäten besetzt. Kapitel 13 – „Fahrlässigkeitsdelikte“.

von Michael Kolain



Einfach (einen Schritt) zurücktreten!

Noch vor vier Jahren wollte sie das BAföG abschaffen, im Juni bezeichnete sie die Forderungen der Bildungsproteste als „gestrig“ und vor vier Wochen beharrte sie noch darauf, dass die Reformen „richtig“ und „auf gutem Weg“ seien. Doch plötzlich „braucht die Reform in der Umsetzung Korrekturen“ und das BAföG sollte man nicht nur erhalten, sondern sogar erhöhen. Sie versteht „die Anliegen“ der Studierenden und rügt Länder und Hochschulen, die Forderungen endlich ernst zu nehmen. Dass sie gleichzeitig das Hochschulrahmengesetz abschaffen will, wodurch der Bund auch das letzte bisschen Einfluss auf die Bildungspolitik verlieren wird, verschweigt Madame gekonnt.

Die Rede ist von Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU), die bekanntermaßen versteht, ihr Fähnchen in den Wind zu halten – seit neuestem sogar in den Wind der Studierendenproteste, mit dem Ziel, diesen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Den so „nachvollziehbaren“ Studierendenprotesten muss endlich etwas anderes folgen als bloße Sympathiebekundungen der VerursacherInnen.

Hiermit fordern wir Frau Schavan auf, nun auch die Konsequenzen ihrer „neuen Einsichten“ zu tragen und als eine der Hauptverantwortlichen der erkannten Bildungsmisere von ihrem Amt als Bundesbildungsministerin zurückzutreten.

Und wo wir schon mal dabei sind, fordern wir desweiteren

Peter Frankenberg (Bildungsminister von BaWü)

Andreas Pinkwart (Bildungsminister von NRW)

Prof. Dr. Magrit Wintermantel (Präsidentin der HRK)

Rektor „Captain“ Bernhard Eitel (Rektor der Universität Heidelberg)

...

auf, von ihren politischen Ämtern zurückzutreten.

die redaktion



...und das Wachstum in Ewigkeit. Amen.

Serge Latouche und der ökonomische Atheismus der „décroissance“

Am Ende seines Gedankenexperiments ist Serge Latouche tot. Ermordet würde er, nach eigener Einschätzung, eine Woche nachdem er als neu gewählter französischer Präsident seine Ideen in die Tat umgesetzt hätte.

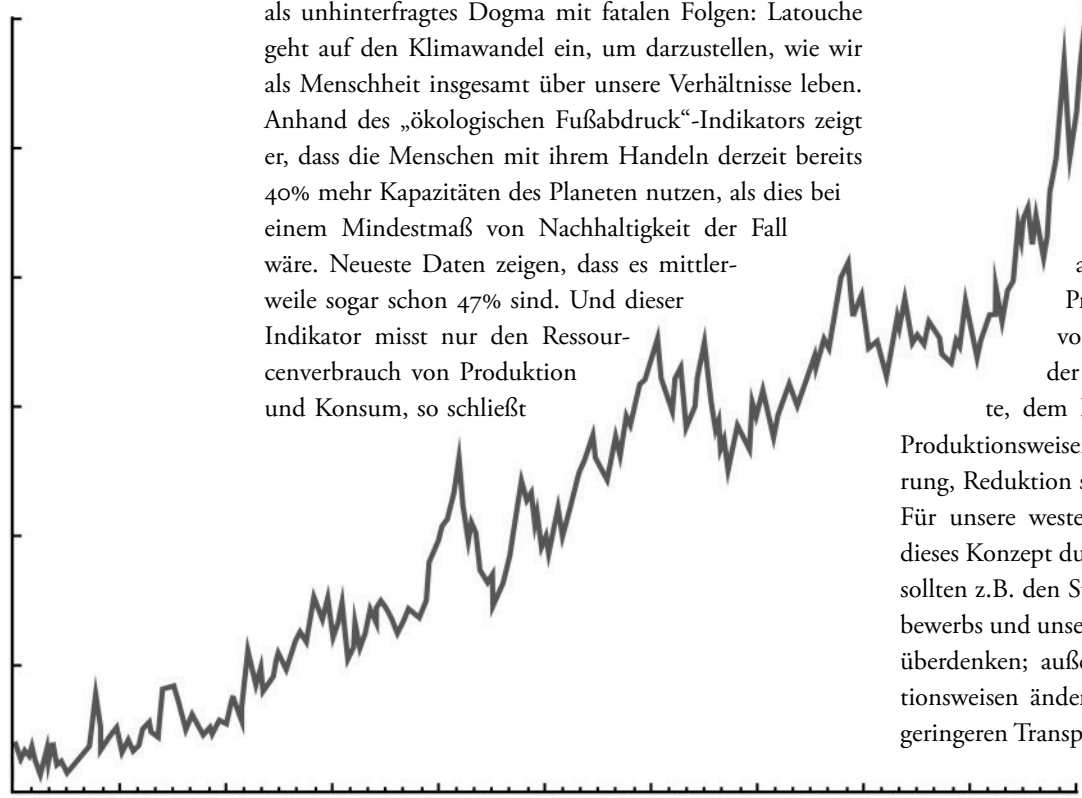
Sind seine Ideen denn wirklich so gefährlich? Der Hörsaal platzt jedenfalls aus allen Nähten, die Menschen stehen auf der Treppe um dem noch quicklebendigen und gut gelaunten französischen Professor für Ökonomik und Philosophie zuzuhören. Es ist der zweite Termin der „Real World Economics“, einer Vortragsreihe der Heidelberger „Postautisten“ (siehe Kasten), bei der Themen vorgestellt und diskutiert werden sollen, die im Studium der Volkswirtschaftslehre heutzutage eher selten zur Sprache kommen.

So wie die „décroissance“ zum Beispiel. Um diesen Begriff, dieses „politische Projekt“ wie er sagt, vorzustellen, ist Serge Latouche an diesem Abend hier, und da steht zunächst einmal die Schwierigkeit des Übersetzens im Raum: „Minuswachstum“? „Wachstumsrücknahme“? Warum nicht gleich „Schrumpfen“, wenn es hier doch wohl um eine Kritik des Wirtschaftswachstums gehen soll? Christoph Gran, der für die PostautistInnen die einleitenden Worte findet, bietet eine elegante Lösung an: „Entwachsen“ – das suggeriere bereits, dass es ein gewisses Denken zu überwinden gelte.

Doch welches Denken ist das? Was soll „Entwachsen“ überhaupt bedeuten? Latouche meint, wir lebten in einer „Wachstumsgesellschaft“, in der jedoch das Wachstum nicht dazu diene, Bedürfnisse zu stillen, sondern nur um seiner selbst willen angestrebt werde. Wirtschaftswachstum als unhinterfragtes Dogma mit fatalen Folgen: Latouche geht auf den Klimawandel ein, um darzustellen, wie wir als Menschheit insgesamt über unsere Verhältnisse leben. Anhand des „ökologischen Fußabdruck“-Indikators zeigt er, dass die Menschen mit ihrem Handeln derzeit bereits 40% mehr Kapazitäten des Planeten nutzen, als dies bei einem Mindestmaß von Nachhaltigkeit der Fall wäre. Neueste Daten zeigen, dass es mittlerweile sogar schon 47% sind. Und dieser Indikator misst nur den Ressourcenverbrauch von Produktion und Konsum, so schließt

er z.B. die Verschmutzung von Gewässern durch Gifte oder die Folgen von Atommülllagerung nicht mit ein. Zudem ist der Luxus der Verschmutzung äußerst ungleich verteilt: Wären beispielsweise alle Menschen so umweltfreundlich wie die Deutschen, bräuchte es nicht nur eine halbe Erde mehr um unser Schaffen zu kompensieren, sondern gleich zwei! Deshalb prangert Latouche die wachstumsorientierte Ökonomie nicht nur als nicht nachhaltig an, sondern bezeichnet sie auch als nicht wünschenswert. Nicht wünschenswert, weil sie starke Ungleichheit zwischen und in den Nationen hervorgebracht hat und einen Lebensstil fördere, der die Menschen nicht glücklich mache. Zudem kann das Wirtschaftswachstum auch durch Kriege, Krankheitsepidemien und Umweltzerstörung steigen.

Und trotzdem ist das Wachstum ein kaum hinterfragtes Ziel von PolitikerInnen, WirtschaftsvertreterInnen und eben auch WirtschaftswissenschaftlerInnen. Auf dem Titelblatt des Koalitionsvertrags der neuen Bundesregierung steht es an erster Stelle. Latouche vergleicht daher das Entwachsen mit dem Atheismus, er spricht von einem Bruch mit der Religion des Wachstums. Es handle sich dabei um ein offenes Projekt, nicht um ein fertiges politisches Programm. Sicher gehe es nicht, wie der Name es andeute, darum, dass die Wirtschaft immer weiter schrumpfe, da dies zu einem masochistischen Erliegen der menschlichen Tätigkeiten führen würde. Vielmehr gehe es um ein „Nicht-Wachstum“, ein Aufgeben des Glaubens an die Notwendigkeit des Wachstums. So würde auch sicher ein Entwachsen in den verschiedenen Teilen der Erde sehr unterschiedlich aussehen, teilen müssten die verschiedenen Politiken jedoch, so Latouche, das gleiche theoretische Konzept. Dieses baut er auf acht (auf französisch allesamt mit „Re-“ beginnenden) Prinzipien auf: dem Überdenken der vorhandenen Werte, dem Neudenken der darauf aufbauenden Lebenskonzepte, dem Restrukturieren der entsprechenden Produktionsweisen, der Umverteilung, Regionalisierung, Reduktion sowie dem Reparieren und Recyclen. Für unsere westeuropäischen Länder geht Latouche dieses Konzept durch und kommt zu dem Schluss, wir sollten z.B. den Stellenwert des wirtschaftlichen Wettbewerbs und unser Konzept von Reichtum und Armut überdenken; außerdem müssten wir unsere Produktionsweisen ändern um eine lokalere Wirtschaft mit geringeren Transportkosten erreichen zu können sowie





Stolz der neuen Bundesregierung:
 Deutsche Ingenieure lösen das Problem von
 unbegrenztem Wachstum auf einem begrenzten Planeten!!

eine Umverteilung innerhalb der Länder als auch zwischen Nord- und Südhalbkugel möglich zu machen. Und wir müssten reduzieren, um unseren ökologischen Fußabdruck zu verringern. Weniger reisen würde dies bedeuten und auch weniger arbeiten, nicht jedoch um Vollbeschäftigung herzustellen, sondern um „besser zu leben“. Dafür müsse man dann aber auch mal lernen, Dinge zu reparieren, anstatt alles, was nicht funktioniert, gleich zu ersetzen.

Man glaubt zu merken, dass Latouche oft Weltfremdheit vorgeworfen wird, denn er schließt seinen Vortrag mit einem Gedankenexperiment ab, um noch konkretere Ausgestaltungen einer Entwachstumspolitik darzustellen. „Sicher“, sagt er, „das ist eine Utopie, aber das war der Liberalismus auch!“. Er stellt also ein hypothetisches 10-Punkte-Programm der décroissance vor, um damit die französischen Präsidentschaftswahlen von 2007 zu gewinnen und eine Woche nach der Umsetzung seiner Vorstellungen die hypothetische Ermordung zu erleiden.

Die Zeit für die Umsetzung dieser Ideen „im großen Stil“ ist also seiner eigenen Einschätzung nach noch nicht gekommen, doch ist ja der Hörsaal schon mal voll, was vor ein paar Jahren noch nicht der Fall gewesen war. Latouche bekräftigt, dass die Umsetzung eines Entwachstums auf allen Ebenen möglich ist, vom Individuum bis zur globalen Politik und, dass sie Zeit brauche. So wie es Zeit gekostet habe, das derzeitige Stadium des Kapitalismus zu erreichen, so koste es eben auch Zeit, die Wachstumsökonomie zu verlassen. So revolutionär die Wirkungen einer „entwachsenen Ökonomie“ seien, ihre Umsetzung sei notwendigerweise reformistisch.

Nach drei Stunden intensivem Zuhören und Diskutieren bleiben viele Fragen offen. Die Heidelberger Postautisten laden daher ein, zu ihren regelmäßigen Treffen zu kommen, bei denen sie sich näher mit dem Entwachstum beschäftigen wollen.

von Christopher Laumanns

Der „Arbeitskreis Postautistische Ökonomie“ entspringt dem Vorwurf an den institutionalisierten Wirtschaftswissenschaften, diese seien „autistisch“, da sie sich in Modellwelten ohne Bezug zur Realität bewegen. Tatsächlich können Studierende der Volkswirtschaftslehre (VWL) locker weit über ihr Grundstudium hinauskommen ohne je die Primärliteratur gelesen zu haben, auf der die Modelle basieren, mit denen sie rechnen müssen. Deshalb wünschen sich die PostautistInnen mehr Theorienpluralismus in der VWL, in der heute oft nur die Theorieschule der Neoklassik beachtet wird, sowie mehr Seminare und weniger Vorlesungen, um die verschiedenen Theorien auch diskutieren und anwenden zu können. Der Arbeitskreis ist jedoch nicht nur für VWL-Studierende, sondern für alle Interessenten offen. Treffpunkt ist dienstags um 19.00 Uhr im Raum R 01.030 des Campus Bergheim. Das Programm der Vortragsreihe ist unter www.real-world-economics.de vorzufinden.

Meine ohnehin leidende Tochter verfiel vor Schrecken in die heftigsten Krämpfe.

Es scheint mir dringend notwendig, daß das hohe Ministerium solchem Unfug ein Ende mache. – Schon haben mehrere Eltern in letzter Zeit ihre Söhne von hiesiger Universität entfernen müssen, weil sich solche total ausgeartet haben. – Eine vornehme Dame, welche zur Berathung des Herrn Geheim. Rath Chelius an jenem Tage des wilden Fuchsrittes gerade hier weilte, erklärte diesem Herrn, wie sie Gott danke, daß sie ihre vier Söhne, welche die Universität besuchten und noch besuchen, nicht, wie sie beabsichtigte, hierher gesandt habe. –

Die Herstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ist deßhalb eine wahre Lebensfrage für unsere Hochschule und in einer Zeit wie die unsrige. Wo der Glaube an die Autorität und die Achtung vor derselben fast ganz abhanden gekommen ist, muß es doppelt geboten erscheinen, wenigstens die aufwachsende Jugend an Zucht und Gehorsam zu gewöhnen. Ein hohes Ministerium aber wird mir verzeihen, daß ich, veranlaßt durch die jüngsten Erlebnisse, Mißstände zur Abhilfe empfehle, die schon längst derselben harren.

Ich zeichne in tiefster Ehrerbietung
Eines hohen Ministerii
unterthänigster Diener

[Unterschrift:] Lindau

Heidelberg den 29 Februar 1856

Langeweile in der Altstadt

Wie aus einem berechtigten Anliegen eine sinnlose Schlammschlacht wird

Wenn Studierende in der Universitätsstadt Heidelberg ihr Rektorat besetzen, möchte sich Oberbürgermeister Würzner nicht äußern. Von den AnwohnerInneninitiativen der Altstadt können die Studierenden also noch etwas lernen – ihr Anliegen wurde nun zur „Chefsache“ gemacht. Kein Wunder, denn seit Monaten vergeht kaum eine Woche, in der die RNZ nicht gegen die Horden von „Wildpinklern“, „Rucksacksäufern“ und „Junggesellenabschieden“ hetzt – nach dem Pussy-Club gibt es im beschaulichen Heidelberg endlich wieder etwas, worüber sich das gesittete Bürgertum schüttelnden Kopfes echauffieren kann. Auch manche Studierenden, die sich den Flausen der Jugend längst in eine altersgemäße Vernunft entrückt sehen, steigen in die dazu angemessene Rhetorik ein und sehen in den Höllenorgien der Unteren Straße gar ein „vernachlässigtes Affengehege.“

ner hat beispielsweise von seinem Bezirksbürgermeister Erichson gelernt, der im Sommer im Umgang mit dem Grillen auf der Neckarwiese legendäre Maßstäbe in Sachen Wortwahl setzte (UNiMUT berichtete). Das scheint einige inspiriert zu haben. „Diese sogenannten Junggesellenabschiede und andere Exzesse werden nicht weiter geduldet.“ Wie Junggesellenabschiede in der Altstadt verboten werden sollen, bleibt zwar schleierhaft, aber den Anhängern der AnwohnerInneninitiative Linda (Langeweile in der Altstadt) gefallen solche Worte.



Die Linda-Transpis: Von rechtsphilosophisch... über informativ,... fordernd,... bis hin zu prollig.

Dabei haben die Altstadtbewohner ein berechtigtes Anliegen. „Wir wollen schlafen“ steht auf den zahlreichen Bettlaken an den Häuserwänden zu lesen. Blöd nur, dass wir feiern wollen... oder ist es gar so, wie manch einer formuliert, dass die Studierenden damit überhaupt nichts zu tun haben, und es sich bei den Affen im Altstadtgehege nur um aus dem Umland angereiste Gröhl-Touristen aus Schichten handelt, mit denen wir Akademiker nun wirklich nichts gemein haben?

Wer auch immer, jedenfalls sollen „wir“ nach Hause gehen. „Wir wollen euch hier nicht!“ begrüßt ein Plakat der Wirte in der einst so einladenden Altstadt. „Und tschüss!“ liest man dann auf der Rückseite. Fast wie in Wahlkampfzeiten auf diesen Plakaten, die extra hoch hängen, damit man sie nicht weg kriegt. „Gute Heimreise! NPD.“ Aber das ist wohl einfach die neue Rhetorik. Auch Oberbürgermeister Würz-

Sie wollen jetzt, dass ein Exempel statuiert wird. „Wann wird endlich einem Wirt die Konzession entzogen?“ wollte man beim Runden Tisch vom Chef wissen.

Immerhin wird ab 1. März nächsten Jahres der Alkoholverkauf ab 22 Uhr in ganz Baden-Württemberg verboten, mit Ausnahme des Ausschanks. Dann kann endlich das verhasste Kiosk schließen, wo sich die Rasse der Rucksacksäufer die ganze Nacht mit Alkohol eindeckt, um ihn am nächsten Hauseingang in verarbeiteter Form wieder los zu werden.

Bis dahin gilt: Kauft nicht beim Altstadtkiosk!



Der kleine, feine Unterschied

Über die kriminelle Kraft zweier Buchstaben

In Hannover fand bereits am 30. April 2009 eine Walpurgisnacht-Demonstration unter dem Motto „Wir nehmen uns, was uns so wieso gehört“ statt. Auf die Straße gingen über 400 Frauen, Lesben und Trans, um ein Zeichen zu setzen gegen rassistische und sexualisierte Gewalt, gegen die patriarchale Normierung einer gesamten Gesellschaft sowie gegen den Naziaufmarsch, der am darauffolgenden Tag stattfinden sollte.

Einige Wochen danach bekam die Anmelderin der Demonstration Post von der Polizeidirektion Hannover: Ein Ordnungswidrigkeits- und Strafverfahren war gegen sie eingeleitet worden. Begründet wurde dies damit, dass gegen polizeiliche Auflagen verstoßen worden sei. Unter anderem hatten die Polizeikräfte vor Ort feststellen müssen, dass „anders gekennzeichnete Ordner“ (Originalzitat) aufgetreten wären.

Die Demo-Organisation hatte zwar korrekterweise weiße Armbinden für die eigenen Ordnungskräfte verteilt. Allerdings waren diese mit „ORDNERIN“ statt „Ordner“ beschriftet.

von Jasmin Tran

Wohin mit dem Blut?

Alternative zu Tampons und Binden: der Menstruationsbecher

Bereits seit den Dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts gibt es eine kostengünstige, umweltfreundliche, praktische und vor allen Dingen gesunde Art die monatliche Menstruationsblutung aufzufangen: Der Menstruationsbecher saugt im Gegensatz zum Tampon das Blut nicht auf, sondern fängt es im Innern der Scheide auf, so dass deren unnötige und ungesunde Austrocknung vermieden wird. Der meist aus Silikon bestehende Menstruationsbecher wird zusammengefaltet in die Scheide eingeführt, beim Loslassen entfaltet er sich und ist dank des dadurch entstehenden Vakuums vollkommen undurchlässig – ohne dass Frau ihn spürt.

Ein Menstruationsbecher kostet je nach Modell zwischen 12 € und 32 € und kann über das Internet oder in der Apotheke bestellt werden. Er kann bei richtiger Pflege zehn Jahre lang wiederverwendet werden. Im Gegensatz zu den herkömmlichen Wegwerfprodukten wird das aufgefangene Blut ausgeleert und der Becher mit Wasser ausgespült, so dass dieser gleich wieder eingesetzt werden kann. Am Ende der Menstruation wird der Becher durch simples Aufkochen in Wasser desinfiziert und in einem Baumwollsäckchen bis zur nächsten Blutung aufbewahrt.

Angeichts der Tatsache, dass eine Frau im Durchschnitt mindestens 10.000 Tampons oder Binden in ihrem Leben verbraucht, bietet der Menstruationsbecher durch die einmalige Anschaffung nicht nur eine kostengünstige, sondern auch umweltfreundliche Alternative zu den konventionellen Produkten. Logischerweise sind Tampons und Binden durch das ständige Wegwerfen und Neukaufen für die Hersteller jedoch gewinnbringender. Vielleicht ist das auch der Grund, warum so viele Frauen noch nie etwas vom Menstruationsbecher gehört haben.

von Katiërina Latifi und Janina Reibold

Mehr Informationen gibt es auf den Internetseiten der verschiedenen Hersteller:

Mooncup www.mooncup.co.uk
Meluna <http://meluna.eu/>

Lunette <http://www.lunette.fi/de>

LA COUPE
MENSTRUELLE
RÉUTILISABLE:
révolutionnaire
pour la planète,
votre confort, votre
santé et votre
portefeuille!

»Der Menstruationsbecher: revolutionär für die Umwelt, für Ihr Wohlbefinden, für Ihre Gesundheit und Ihren Geldbeutel.«

Hatten Sie schon mal was mit der Polizei zu tun?

Ein Kommentar

Samstagmorgen, ich bin auf dem Weg zu meinen Eltern und stehe am Heidelberger Hauptbahnhof. Ich bin ausnahmsweise früh dran und habe noch etwas Zeit bis der Zug fährt. Entspannt schaue ich die Zeitungen in der Auslage an, als ich plötzlich von hinten angesprochen werde: „Guten Tag, Polizei, kann ich bitte mal Ihren Ausweis sehen?“ Zwei Herren mittleren Alters in Regenjacke stehen hinter mir und einer fummelt ein Mäppchen mit einer Marke unter der Jacke vor. Ich staune. Während ich wohl oder übel meiner Ausweispflicht nachkomme, frage ich, nach was die beiden Beamten suchen. „Allgemeine Kontrolle.“ Durchsucht werde ich nicht. Schön. „Warum werde ich jetzt kontrolliert?“ Nach einigem Nachhaken schließlich doch eine Antwort: „Das hier ist ein Ort, an dem Drogen gedealt werden.“ Hier mitten im Bahnhof am Zeitungsstand? Naja, eigentlich nicht, geben die Beamten zu, aber „das ist eine Präventivmaßnahme.“ „Und wie kommen Sie auf mich?“ Kriminaltechnische Erfahrung. „Es gibt da so bestimmte Kriterien, wie jemand aussieht...“

Da steh ich also in meinem Drogendealer-Outfit. Jung, Skateschuhe, Cap. Unauffällig schaue ich an mir runter. „Haben Sie schon mal was mit der Polizei zu tun gehabt?“ „Nein.“ Wie würde ich das als Polizist machen? Ich hake nach: „Sagen Sie, warum beobachten Sie mich nicht bis ich Drogen verkauft habe, sondern geben sich einfach so zu erkennen?“ Prävention. Aha.

Die Polizei will also Präsenz zeigen. Mit Zivilfahndern. Um Dealer, die am Bahnhof keine Drogen verkaufen, abzuschrecken. Indem Leute, die laut des ausgeprägten kriminaltechnischen Gespürs des Herrn Wachtmeister nach Drogendealer aussehen, beim Zeitungslesen nach dem Ausweis gefragt werden. Inzwischen werden aber nicht nur Drogendealer abgeschreckt. Rund um die Bundestagswahl zeigte die Polizei auch gegen Terroristen Präsenz. Mit Maschinenpistolen. Am Hauptbahnhof. Dieses Mal traue ich mich aber nicht mehr, nach Sinn und Unsinn dieser Maßnahme zu fragen. Ich will einfach nur weg. Denn ich frage mich, was passiert, wenn es hier eine schwer zu überblickende Situation gibt. Was passiert, wenn ein Polizist in einer Menschenmenge eine Waffe benutzt, die 15 Schuss pro Sekunde abfeuert.

Als ich dabei an die Geschichte aus Regensburg denke, wo kürzlich zwei Beamte ihre beiden Pistolenmagazine komplett in einen Studenten reingeballert haben, wird mir schlecht.

Und nach dem, was vor kurzem mit dem Kommitonen aus Kamerun passiert ist, weiß ich nicht, ob ich nicht auch bald zu denen gehöre, die immer brav den Mund halten und jeden Unsinn über sich ergehen lassen. Muss nicht sein, so ein Krankenhausaufenthalt mit Gesichtsfaktur. Und einer Anzeige wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, weil sich der Beamte bei der ganzen Sache an der Hand verletzt hat. Und kein Gericht, das jemandem glaubt, der aussieht wie ein Drogendealer.

Als ich am Sonntagabend von meinen Eltern zurückkomme, sprechen mich direkt zwei Uniformierte an. Ausweis? Haben Sie schon mal was mit der Polizei zu tun gehabt? Nein.

von Yannick Zundl



Semesterticket wiederbelebt

Trotz des nahen Scheiterns ist nach einjähriger Verhandlung zwischen FSK, Studentenwerk und VRN ein neuer Vertrag bezüglich des Semestertickets zustande gekommen. Gründe für das mögliche Scheitern waren, von Seiten der Studierenden, vor allem die erneuten Preissteigerungen für das Ticket selbst, sowie die Erhöhung des Sockelbeitrags für alle Studierenden gewesen (vgl. hierzu UNiMUT Nr. 200, 06/09).

Ein tatsächliches Scheitern der Verhandlungen und das daraus resultierende Ende des Semestertickets wollten FSK und Studentenwerk trotz massiver Kritik am neuen Vertrag jedoch nicht in Kauf nehmen, da 60% der Studierenden das Ticket aktuell nutzen und zu einem großen Teil auf Bus und Bahn angewiesen sind. Sie im Regen bzw. Schnee stehen zu lassen, wäre laut FSK nicht verantwortbar.

Während der langwierigen Verhandlungen ist der VRN nur wenig auf die Forderungen der Studierenden eingegangen. Erreicht werden konnte nichtsdestoweniger, dass der Sockelbeitrag, den alle Studierenden bei der Rückmeldung an das Studentensekretariat überweisen müssen, von derzeit 20 € auf lediglich 22,50 € (anstelle von geplanten 25 €) angehoben sowie die „Abendregelung“ – die kostenlose Nutzung des ÖPNV innerhalb Heidelbergs ab 19 Uhr – als Ausgleich ab kommenden Semester auf das Wochenende ausgedehnt werden. Der Studierendenausweis dient hierfür weiterhin als Fahrausweis.

Dank des neuen Vertrags darf der VRN den Preis für das Semesterticket von aktuell 127 € zum WS 2010/11 auf maximal 133 €, 2011/12 auf 142 €, 2012/13 auf 151 € und 2013/14 € auf maximal 160 € anheben. Wie in den vergangenen Semestern ist damit zu rechnen, dass der VRN die mögliche Preisspanne nicht vollständig ausnutzen wird.

Die Studierendenvertreter haben bereits ein Treffen mit der „Kritischen SchülerInnen Aktion“ (KriSA) und dem Jugendgemeinderat einberufen, um ein mögliches, gemeinsames Vorgehen auf Kommunal- und Landesebene zu besprechen. Es gilt dringend benötigte Fördergelder einzufordern, die für ein kostengünstigeres Semester- und Schülerticket notwendig wären. Die SchülerInnen sind derzeit gezwungen, dass MAXX-Ticket zu erwerben, das als „Freizeitticket“ im gesamten Verbund Rhein-Neckar gilt, selbst wenn sie nur zehn Minuten mit dem Bus zur Schule fahren. Das MAXX-Ticket kostet aktuell 366 € pro Jahr und hätte laut VRN als Alternative zum bisherigen Semesterticket dienen sollen.

von Janina Reibold

SchwarzWeiß-Lexikon

Im SchwarzWeiß-Lexikon werden Begriffe kritisch beleuchtet, die im Alltag scheinbar neutral gebraucht werden, bei genauerem Hinsehen jedoch Wertungen oder Hierarchien zwischen Menschengruppen begründen. Alle bisher erschienenen Artikel können unter www.schwarzweiss-hd.de nachgeschlagen werden.

fremd <Adj.> [mhd. vrem(e)de, ahd. fremidi, zu einem untergegangenen Adv. mit der Bed. »vorwärts; von - weg« (verw. mit ver-) u. eigtl. = entfernt]: **1.** *nicht dem eigenen Land od. Volk angehörend; von anderer Herkunft*: -e Länder, Sitten; eine -e Währung; -e Sprachen lernen. **2.** *einem anderen gehörend; einen anderen, nicht die eigene Person, den eigenen Besitz betreffend*: -es Eigentum; das ist nicht für -e Ohren bestimmt; etw. ohne -e Hilfe schaffen. **3. a)** *unbekannt, nicht vertraut*: -e Leute; in -er Umgebung leben müssen; Verstellung ist ihr f. (sie kann sich nicht verstellen); ich fühle mich hier f. (kann mich hier nicht einleben); ich bin f. hier (kenne mich hier nicht aus, weiß hier nicht Bescheid); sie sind einander f. geworden (verstehen sich nicht mehr); **b)** *ungewohnt; nicht zu der Vorstellung, die jmd. von jmdm., etw. hat, passend; anders geartet*: das ist ein -er Zug an ihr. (Quelle: Duden Großes Universalwörterbuch).

Auf den ersten Blick scheint das Adjektiv *fremd* nichts anderes zu sein als die neutrale Abgrenzung vom Eigenen, Bekannten. Ein fremder Mensch ist demnach eine Person, die einem nicht bekannt ist oder deren Verhalten oder Aussehen nicht vertraut, sondern befremdlich wirkt.

In einer weiteren Bedeutung heißt *fremd*, dass jemand anderer Herkunft ist oder eine andere Staatsangehörigkeit besitzt. Dies zeigt sich etwa darin, dass Arbeitsmigranten in Deutschland lange als „Fremdarbeiter“ bezeichnet wurden oder dass in einigen Pensionen in Deutschland auch heute noch „Fremdenzimmer“ gemietet werden können.

SCHWARZWEISS

SCHWARZWEISS

Ob jemand als fremd bezeichnet wird, hängt jedoch nicht von allgemein gültigen Merkmalen ab. Ein „Fremder“ muss zunächst nur ein Kriterium erfüllen: Er muss in den Augen der anderen auffallen. Bei dem Adjektiv *fremd* handelt es sich deshalb um ein Wort,

das nicht die Eigenschaften der beschriebenen Person oder Sache darstellt, sondern das Rückschlüsse auf die Perspektive derjenigen Person zulässt, die es verwendet.

Fremdheitszuschreibungen gehen daher immer mit einer Wertung einher, die entweder ein Bedrohungsgefühl oder eine exotische Imagination bedeutet. Ein Beispiel dafür sind zahlreiche Reiseführer oder Reisekataloge, die mit dem Begriff *fremd* all das bezeichnen, was Faszination und Phantasien wecken soll. Zum Beispiel lässt der Buchtitel „Indien von innen: Rätselhaft magisch – wundersam fremd“ dem Leser exotische Welten vor dem inneren Auge entstehen, ganz so, wie er sie sich vorstellt. Ein deutscher Reiseunternehmer dagegen bewirbt eine Äthiopienreise damit, dass man dort „fremdartige und faszinierende Stammesrituale“ kennen lernen könne. Das Adjektiv *fremd* sagt dabei jedoch nichts über die Lebenswelten in Indien oder Äthiopien aus. Stattdessen werden die eigenen Sehnsüchte und Träume von einem neuen, anderen Leben auf das jeweilige Kaufangebot übertragen. Nicht umsonst galt etwa die „orientalische Haremsdame“ lange als die Erfüllung erotischer Träume, da die europäische Männerwelt mit ihren sexuellen Fantasien, die sie in ihren eigenen gesellschaftlichen Strukturen nicht ausleben konnte, eine „fremde Welt“ der freien Liebe und Laszivität schlicht erfand, völlig unabhängig davon, wie das Leben in einem Harem tatsächlich aussah. Dass trotz aller Projektion damit immer auch eine kulturelle Abwertung einherging, erklärt sich von selbst.

Neben der Vorstellung einer „faszinierenden Fremdheit“ tauchen also häufig auch negative Assoziationen auf: Als die Bildzeitung in den 1980er Jahren eine Serie mit dem Titel „Unsere Ausländer – Fremde oder Freunde?“ betitelte, hatte die Redaktion sicherlich keine positive oder Neugier weckende Verklärung von Migranten im Sinn. Allein der Umstand, dass die Alternative zum Fremden der Freund sei, zeigt, dass der Fremdheitsbegriff hier in direkte Verbindung zur Angst vor dem Fremden, der Xenophobie, gesetzt wird. Die in rechten Kreisen häufig prognostizierte Gefahr der „Überfremdung durch Ausländer“ macht eine als Bedrohung wahrgenommene Fremdheitsvorstellung ebenfalls deutlich. Oder, um mit Methusalix zu sprechen: „Ich hab’ nichts gegen Fremde. Aber diese Fremden sind nicht von hier!“

Wer als fremd wahrgenommen wird, hängt also immer von der eigenen Identitätsvorstellung und den eigenen Lebenserfahrungen ab. Bei der Projektion eigener Ängste oder Sehnsüchte auf die als fremd titulierten Personen, Gegenstände oder Denkmuster besteht allerdings die Gefahr, dass diese reduziert werden auf eine Negativfolie zum Eigenen. Diese Reduktion kann so wirkungsvoll sein, dass als fremd wahrgenommene Personen selbst auf die Vorurteile zurückgreifen, die ihnen entgegen gebracht werden: Ein Besuch in einem italienischen oder griechischen Restaurant genügt, um herauszufinden, welche Stereotype sich über Griechen und Italiener in der deutschen Gesellschaft durchgesetzt haben. Erst, wenn man seine eigene kulturelle Identität zu reflektieren lernt, ist es möglich, „Fremdes“ unter differenzierten Gesichtspunkten kennen zu lernen.

Angela Siebold, SchwarzWeiß Heidelberg

Dunkle Kontinente: Das Fremde in der Fotografie

Im Jahre 1926 beschrieb der Psychologe Sigmund Freud die weibliche Psychologie als „dark continent“, eine dunkle Welt, die die Psychologie aufhellen sollte. Den Ausdruck hatte Freud aber nicht selbst kreiert. Einige Jahre zuvor hatte der Forschungsreisende Henry Morton Stanley das neu „entdeckte“ Afrika ebenfalls als „dark continent“ beschrieben. Freud und Stanley bezeichneten mit dem Ausdruck „dark continent“ jeweils eine Realität, die ihnen fremd war. Für Freud als Vertreter des männlichen Geschlechts waren Frauen offensichtlich genauso fremd wie für Stanley, der sich als Vertreter des Westens verstand, der afrikanische Kontinent.

Ein Foto von Man Ray brachte diese beiden ‚unbekannten Welten‘ zusammen. 1926 erschien Man Rays Photographie *Visage de Nacre et Masque d'Ébène* auf Anregung des Pariser Magazins *Vogue* als Teil eines Artikels über „exotische Kulturen“. Die Fotografie, die zwei Jahre später in *Noire et Blanche* umbenannt wurde, gehört heute zu den berühmtesten Werken des Künstlers. Die Aufnahme spiegelt auch den Zeitgeist wider, denn in den 1920er Jahren spielte nicht nur das Thema „Exotismus“ eine besondere Rolle in der Welt der Werbung; auch Frauen wurden sowohl Subjekt als auch Werbeobjekt der neuen Modebranche. Man Rays *Noire et Blanche* bildete die herrschende „Fashion“ ab, und stützte sich dafür auf zwei Objekte, die in jenen Jahren „fashionable“ geworden waren: Exotische Kunstwerke und Frauen.



Noire et Blanche, Man Ray 1926.

Quelle: Prometheus – Das verteilte digitale Bildarchiv für Forschung und Lehre e.V.
unter: <http://www.ub.uni-heidelberg.de/>

mehreren Ebenen, so dass folgende Vergleichspaare sich zur Beschreibung anbieten: Maske/Frauengesicht, vertikal/horizontal, Objekt/Mensch, Europa/Afrika oder auch schwarz/weiß. Solche Vergleichsätze im Stil „entweder oder“ bestätigen bzw. verstärken allerdings die Vorstellung einer „schwarz-weißen“ Welt und lassen keinen Platz für differenzierte Wahrnehmungen. Was wollte Man Ray mit dieser Gegenüberstellung zeigen? Die verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten der Fotografie sind den Betrachtenden überlassen.

Dem Betrachter wird jedenfalls eine sensuelle und geheimnisvolle Welt vermittelt. Sind die Themen Erotik und Exotik, die ja auch dieses Zeitalter prägten, nicht die Hauptanliegen in Man Rays Werk? Erotik und Exotik wecken auf ähnliche Weise die Fantasie und versprechen abenteuerliche Erlebnisse in unbekanntem und fremden Welten. Die Sexualität der Frau und das weit weg liegende Afrika, die „dark continents“ Freuds und Stanleys, sind fremde, zu durchdringende und zu erobernde Welten. Frauen und Afrika sind aber nur die offensichtlichen Motive in Man Rays Aufnahme. Der Betrachter oder besser seine Ausschließung aus diesen beiden Welten werden in dem Werk subtil thematisiert: Die Maske und Kiki sind wie in einer eigenen Welt eingeschlossen – ein Eindruck, der durchaus von den geschlossenen Augen Kikis und dem undurchschaubaren Ausdruck der Maske verstärkt wird.

Man kann sich zu Recht fragen, was in dieser Fotografie Man Rays fremd wirken sollte: die afrikanische Maske aus dem „dark continent“, die weibliche Gestalt, deren Sexualität Männern wie Freud genauso unerfassbar schien, oder eigentlich der Betrachter, der sich ausgeschlossen fühlt? Da sich der Betrachter von diesen Welten „Afrika“ und „Weiblichkeit“ ausgeschlossen fühlt, ist er der eigentliche Fremde. Der Ausdruck „dark continent“ bezieht sich insofern weder auf Afrika noch auf die Sexualität der Frau. Er beschreibt vielmehr eine noch erfolglose Bemühung, diese Welten zu durchdringen und zu verstehen. Fremdheit wird in Man Rays *Noire et Blanche* thematisiert, aber der Fremde ist unerwartet woanders zu finden...

SCHWARZWEISS

SCHWARZWEISS

Die Schwarzweiß-Aufnahme zeigt die französische Kabarett-Sängerin Alice Prin, die unter dem Künstlernamen Kiki de Montparnasse berühmt wurde, neben einer Baulé-Maske aus der Elfenbeinküste. Zu sehen sind Kikis nackte Schulter und vor allem ihr liegendes Gesicht. Mit seiner ovalen Form, den geschlossenen Augen, dem feinen Mund und den zarten Augenbrauen ähnelt es der aufrecht stehenden Maske aus der Elfenbeinküste. Die dunkle Maske bildet einen frappanten Kontrast mit der weißen Haut der Sängerin. Der Fotograf konstruierte weitere Gegensätze auf

Simone Mbak, SchwarzWeiß Heidelberg

Arbeitskreis kritischer JuristInnen (AkJ) Heidelberg

Der AkJ ist eine offene Gruppe von Studierenden an der juristischen Fakultät und aus anderen Fachrichtungen, die die Rechtswissenschaft in einem interdisziplinären Kontext diskutiert. Im Mittelpunkt steht eine kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und der juristischen Ausbildung.

Die erste Veranstaltung des AkJ „Im toten Winkel des Rechtsstaats“ fand in Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden der Panafrikanischen Organisation e.V statt und thematisierte die Polizeigewalt gegen einen kamerunischen Doktoranden am Heidelberger Hauptbahnhof im Mai 2009.

Am 1. Dezember veranstaltet der AkJ im HS 6 der Neuen Uni einen Vortrag zum Thema: Das Recht ist ein vertracktes Ding. Einführung in die materialistische Rechts-
theorie.

Infos unter <http://akjhd.wordpress.com/>

Kolumne für kritische Theologie – ein Versuch

Mit Bibel in den besetzten Hörsaal?
Das erregt Widerstand! Bei Theologie-Studierenden, die Politik und Theologie trennen wollen oder eine Instrumentalisierung von Religion befürchten. Bei BesetzerInnen, die von religiösem Jenseits-Gerede genervt sind oder von kirchlichen Machtansprüchen genug haben.

Ist der Widerstand etwa unbegründet? Nein! Widerstand gehört zum Programm.

Eine kritische Theologie bezieht sich dabei auf einen Mann aus Nazareth, der als politischer Unruhestifter hingerichtet wurde und auf viele Frauen und Männer vor und nach ihm, die Widerstand gegen Unterdrückung und Exklusion leisteten, indem sie Schwächeren halfen, vor Könige traten oder Sitzstreiks und Demos veranstalteten.

Wenn kritische Theologie-Treibende aus dieser Tradition des Widerstands kommend heutige Proteste und Kämpfe für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe unter der Frage betrachten, ob darin „Reich Gottes“ zum Ausdruck kommt, ist darin ein subversives Element enthalten.

Es kann Ängste auslösen bei ChristInnen, die es sich in ihren Kirchen bequem gemacht haben oder bei TheologInnen, die ihre exklusive Deutungshoheit in Gefahr sehen, weil nun auch die Demonstrierenden auf der Straße und die Hartz IV-EmpfängerInnen die Berechtigung haben, bei der Gott-Rede mitzumachen. Ebenso werden sie aber auch bereichert, wenn Theologie/Gott-Rede wieder einen Bezug zum Leben bekommt.

In ähnlicher Weise bietet Gott-Rede für Demonstrierende ein störendes Element: wenn man die Erfahrungen, die aus sozialen Bewegungen und Protesten gewonnen werden, mit dem Reich Gottes in Beziehung setzt, muss man sich überlegen, wie man überhaupt angemessen von Gott reden kann. Dann kann die Auseinandersetzung mit Erfahrungen von Kirchen und anderen Gemeinschaften weitergehende Fragen aufwerfen: etwa, woher die Kraft für das Engagement kommt, oder was nach Erreichen eines Etappenzieles zu erhoffen ist.

Die Antworten müssen dabei nicht exklusiv christlich-traditionell sein, sondern können in neuen Formen und grenzüberschreitenden Wegen ihren Ausdruck finden.

In den kommenden Ausgaben der UNiMUT wollen wir diesen Fragen nachgehen. Für den Anfang mag ein Vers aus der hebräischen Bibel Motivation für kritische Aktionen geben, wo im Buch der Sprüche von der personifizierten göttlichen Weisheit zu lesen ist:

Die Weisheit ruft laut auf der Straße: Wie lange wollt ihr Unverständigen unverständlich sein? Kehrt euch zu meiner Zurechtweisung! Siehe, ich will über euch strömen lassen meinen Geist und euch meine Worte kundtun. (aus Spr 1,20-23)

Wir wollen uns mit dieser Weisheit vereinen und ihren Geist empfangen – Geist, der wirklich lebendig ist!

Der Arbeitskreis Kritische Theologie beschäftigt sich mit Befreiungstheologie und deren Relevanz für heute. Bei Nachfragen und Interesse wende dich an b.offenberger@gmx.de



Wir wissen nicht, wer mit diesem Graffiti zur Zeit Heidelberg verschönert, noch, wofür es wohl stehen mag. Aber da die Interpretation ja immer auch bei den Betrachtenden liegt, dachten wir uns, mit seinem aus dem Kopf tretenden Herzen passt es irgendwie zu kritischen Ansätzen in den altherwürdigen Fächern Theologie und Jura.



Die große Depression

Die freie Schauspielgruppe „Tatütheata“ spielt ein aktuelles Stück von Arthur Miller

„Hemmungslos haben wir Eisenbahnen, Fabriken, Unternehmen hin und her geschoben. Wir haben das ganze Land auf einen Spieltisch geworfen“ – und verloren. Mit dem Börsenkrach 1929 hat das Spiel ein Ende. Es folgt die Weltwirtschaftskrise. Indes ist der zuvor florierende Aktienmarkt nichts Anderes als eine Projektion gewesen, Abbild eines grenzenlosen Optimismus, von dem sich die Menschen nun enttäuscht wiederfinden. Verarmende Millionäre, Kinder ohne Zukunftsaussicht, macht- und verständnislose Alte, enteignete Bauern, Prostituierte ... All diese enttäuschten Menschen sind die Akteure der „Großen Depression“, einem Stück über Verzweiflung und Hoffnung, über das Leben in der Krise.

Aufführungen am	
25. und 30. November	
1. und 2. Dezember	Eintritt 6 €/4 € ermäßigt
um 20 Uhr	www.tatuetheata.de
im Romanischen Keller	karten@tatuetheata.de

Termine

- 30.11. bis 4.12. Bundesweiter Bildungstreik – aktuelles Programm unter www.bildungstreik-hd.de
- 1. Dez 18 Uhr AkJ-Vortrag: Das Recht ist ein vertracktes Ding. Einführung in die materialistische Rechtstheorie. Neue Uni HS 6
- 1. und 2. Dez 20 Uhr Arthur Miller: Die große Depression im Romanischen Keller
- 2. Dez 19:30 Uhr Vortrag: Geschichte der Antifaschistischen Aktion, Gumbelraum, Karlstorbahnhof
- 2. Dez 20 Uhr Kino: Old Boy im Café Freisprung/ Akademiestr. 3
- 2. Dez 18:00, Senatssaal der Alten Universität: Treffen der AG Studentische Mitbestimmung
- 3. Dez 18 Uhr Vortrag: Bildungsprozesse im gesellschaftlichen Kontext, Neue Uni, Alter Senatssaal
- 3. Dez ab 21 Uhr Die Faculty Party in der Halle 02
- 4. Dez 9:30 Uhr Rektorat: Sitzung des Unirats (nicht öffentlich)
- 5. Dez ab 21 Uhr Soli-Party von Aufgetaucht! Initiative gegen die Illegalisierung von MigrantInnen in der Villa Nachttanz
- 9. Dez Kino: Das Experiment im Café Freisprung/ Akademiestr. 3
- 10. Dez 19 Uhr Vortrag des AK Postautistische Ökonomie: Wachstum als Statistik-Phantom – ein Vorschlag für einen neuen Nationalen Wohlfahrtsindex, Ro28 Campus Bergheim
- 10. Dez 18 Uhr Vortrag: Bildung als Menschenrecht zwischen Recht und Politik, Neue Uni, Alter Senatssaal
- 10. Dez UniKino: Feuerzangenbowle im HS14, Neue Uni
- 11./12./13./18./19./20. Dez Die Anwälte - Eine deutsche Geschichte, Karlostorkino
- 14. Dez 19 Uhr Vortrag des AK Postautistische Ökonomie: Jenseits der „Krisenökonomie“ – Vorsorgendes Wirtschaften als Alternative, Ro28 Campus Bergheim
- 16. Dez Kino: Feuerzangenbowle im Café Freisprung/ Akademiestr. 3
- 17. Dez UniKino: Feuerzangenbowle im HS14, Neue Uni
- 17. Dez 18 Uhr Vortrag: Vom Bildungsbürger zum Wissensarbeiter, Neue Uni, Alter Senatssaal

IMPRESSUM...

der UNiMUT-Zeitung an der
Uni Heidelberg
Nr. 2009/07
vom 21. November 2009

Redaktion:

Nina Marie Bust-Bartels
Christopher Laumanns
Janina Reibold

Foto Titelseite [bearbeitet]:

Cornelia Bertram
(jugendfotos.de,
CC-Licence (by-nc-nd))

Auflage: 4000, Unidruckerei

Wir ermutigen ausdrücklich
dazu, LeserInnenbeiträge zu
verfassen, die uns per eMail an
unimut@urz.uni-heidelberg.de
zugeschickt werden können.

Für namentlich gekennzeichnete
Beiträge ist der/die VerfasserIn
verantwortlich. Die Redaktion
behält sich Kürzungen nach
Rücksprache und orthogra-
phische Dienstleistungen ohne

Rücksprache vor.

Unterstützt vom

„AstA“ (nicht verfasst), Albert-
Überle-Str 3-5

69117 Heidelberg,

Tel. 06221-542456

eMail: [unimut@](mailto:unimut@urz.uni-heidelberg.de)

urz.uni-heidelberg.de

[www.unimut.fsk.uni-](http://www.unimut.fsk.uni-heidelberg.de)

[heidelberg.de](http://www.unimut.fsk.uni-heidelberg.de)

Alles ist eitel.

Selbst
verständlich
stehe ich stündlich
im Einvernehmen selbst
festgenommen im Einverständnis

daran mangelt es mir vollkommen:
Bescheidenheit in sich
an sich ist nichts
ohne mich ist neben mir
und ich ganz bei Ihnen
im Einverhör

das ist: Danke dafür!
das Vorausgesetzte und die zugestandene
(Geständnis)
Stellungnahme doch jetzt: Stil bitte!
Übernahme-
Stilllegung der Einwände
mein Haus steht umständlich auch ohne

Abstand bitte!

Die Herren werden doch wohl den Anstand
weitere Bittstellungen einzustellen

Einsicht meine Damen
von Weitsicht ist abzusehen
(Absichtlich umsichtig ist mein An sich)
denn das Kurze ist so nah und übersichtlich

und ganz bei Ihnen Ich.

Von Kilian Seiterich

25.6.2009



Rektor Eitel ist so studierendenfreundlich, dass er sich jetzt sogar Bildungsstreik-Sticker auf seinen Dienstwagen geklebt hat!
Ob er auch so umweltfreundlich ist, seinen fetten Audi A8 gegen ein Fahrrad einzutauschen?